



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

3. Jahrgang
Nr. 81, November 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Auszüge aus dem offiziellen 691. Kontaktbericht vom 20. Oktober 2017

Billy ... Aber sieh hier, das ist ein anonymen Brief, in dem man mir schreibt, dass ich in bezug auf Russland und Präsident Putin politisiere und zuviel Positives vertrete, während ich andererseits Trump völlig missverstehe sowie die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz, die EU-freundlich seien, unflätig beschimpfen würde. Eigentlich wollte ich diesen Brief erst einfach vernichten, wie ich das üblicherweise mit jedem anonymen Wisch tue, was aber auch noch der Fall sein wird, wenn ich ihn dir zum Lesen gegeben habe. Lies bitte und sag dann, was du dazu meinst.

Ptaah ... (liest die wenigen Zeilen) Diese Ansicht kann ich nicht vertreten, denn was du bisher über Russland und Putin immer geschrieben und veröffentlicht sowie deine Meinung kundgetan hast, entspricht in jeder Beziehung den Tatsachen, die du stets auch unvoreingenommen, unpolitisch und unparteiisch wiedergegeben hast. Und was das hinsichtlich der EU-Freundlichen betrifft, so denke ich, dass auch diesbezüglich deine Stellungen dazu des Rechens sind, weil sich jede EU-Freundlichkeit nicht mit der Neutralität, der Freiheit, dem Frieden und der Schweizer Bundesverfassung vereinbaren lässt, folgedem ein EU-freundliches Handeln, Tun und Verhalten in bezug auf EU-Beitrittsversuche und allein schon ein derartiges Gedankengut einem Verrat am Land resp. der Schweiz, deren Bevölkerung und der Bundesverfassung gleichkommen.

Billy Danke, das ist eigentlich das, was ich selbst auch so sehe, denn was ich jeweils schreibe und diesbezüglich auch meine Meinung äussere, das entspricht genau dem, wie du es zum Ausdruck bringst. Und wenn ich in bezug auf diese Faktoren spreche und schreibe, dann hat das weder mit einem Politisieren noch mit einer Parteilichkeit, sondern einzig mit meiner freien Meinungsäusserung in logischer Betrachtung und Beurteilung der jeweiligen Fakten zu tun. Das bezieht sich auch auf die Menschen, ohne dass ich deren Freund oder Feind bin, denn grundlegend sehe ich in ihnen nur Menschen und nichts anderes, deren Handeln, Tun und Verhalten ich jedoch nach ihren Arten und Weisen gemäss meinem Vermögen folgerichtig zu beurteilen bemüht bin. Und wenn ich dann diese Beurteilungen zusammenfasse, dann benutze ich dazu eben solche Begriffe und Worte, die im Volksmund und Volksverstehen üblich sind und das zum Ausdruck bringen, was dem Handeln, Tun und den Verhaltensweisen eben tatsächlich entspricht. Das aber bezieht sich effectiv in jedem Fall immer nur auf das Handeln, Tun und Verhalten, und zwar auch dann, wenn ich jemanden als Irren oder Verrückten bezeichne, folgedem ich mit solchen Begriffen, Bezeichnungen und Worten nicht den Menschen als solchen angreife und beanstande, sondern sein Handeln, Tun und Verhalten. Wenn das aber von Kritikern und sonstigen Antagonisten falsch definiert und nicht verstanden sowie nicht akzeptiert wird, dann ist das einerseits deren krank-dumme Art etwas fehl zu beanstanden, und andererseits weist ein solches Falschverhalten eindeutig darauf hin, dass es solchen Antagonisten, Besserwissern und Kritikern an der notwendigen Intelligenz mangelt. Doch nun zurück



zu Russland und dessen Präsidenten: Leider kenne ich Putin nicht persönlich, doch schätze ich seine Art, Weise und Bemühung in bezug darauf, dass er weltfriedlich ist und immer einen gesunden und vernünftigen Aktivismus an den Tag legt, indem er negative und unter Umständen auftretende gefährliche weltpolitische Probleme durch verstandesmäßige und vernünftige Gespräche und Vermittlungen usw. zu lösen und zu regeln bemüht ist, was anderen Staatsmächtigen abgeht. Dies z.B. in bezug auf die Sache zwischen den seit alters her gewalt-, streit-, zank- und weltherrschaftssüchtigen USA und Nordkorea – in den USA zur Zeit angeführt durch Trampelmann Donald Trump und Konsorten, und hinsichtlich Nordkorea durch den Knallfroschdiktator Kim Jong Un. Diese beiden sind in gleicher Weise krank, psychopathisch und wirr, wobei es ihnen ganz offensichtlich nur um ihr irriblodes Machtgebaren und ihre wirren Vorstellungen geht und sie zudem kriegslüsterne, verrückte Typen sind, denen es ganz offensichtlich an jeder klaren Besinnung mangelt, wie aber auch an Verstand und Vernunft, an Rechtschaffenheit, Verständnis, klarer Denkfähigkeit, Einsicht, Erkenntnisvermögen und effectiv auch an der notwendigen Intelligenz. Was nun aber die Lüge betrifft, dass ich jene Bürgerinnen und Bürger der Schweiz unflätig beschimpfen würde, die mit der EU-Diktatur liebäugeln und heimatverräterisch versuchen, mit ihrer Dummheit und mit allen möglichen schmierigen Mitteln, Hinterlistigkeiten, Volksbelügereien und Volksirreführungen usw. die Bevölkerung der Schweiz in die schmutzigen Fänge der EU-Diktatur zu treiben, das ist wohl mehr als nur eine böse und lügenhafte Unterstellung. Meines Wissens habe ich stets nur die Dummheit, Dämlichkeit und Lügen und auch jedes diesbezüglich verrückte, irre und wirre Handeln, Tun und Verhalten dieser Heimatverräterinnen und Heimatverräter angeprangert – eben so, wie ich das Ganze vorhin schon beschrieben habe –, wobei ich jedoch diese Personen nie als Menschen angegriffen und auch nicht beleidigt habe, sondern eben stets nur die an den Tag gelegte Dummheit, Dämlichkeit, das irre und wirre Handeln, Tun und Verhalten, wie aber auch das eindeutige Fehlen des gesunden Verstandes, der Vernunft und der notwendigen Intelligenz, was eben zwangsläufig auch zu idiotischen Winkelzügen, Täuschungen, Hinterhältigkeiten, Praktiken, Gleisnerien, Doppelspielen sowie zu Quertreibereien usw. führt. Was nun aber die Heimatverräterei jener Schweizerinnen und Schweizer betrifft, die darauf aus sind, die Schweiz zu verraten und an die EU-Diktatur auszuliefern und zu deren Vasallenstaat zu machen, denen sollte wirklich das Schweizerbürgerrecht entzogen und sie des Landes verwiesen werden, denn ein solcher Verrat ist mit Landesverrat gleichzusetzen. Dabei spielt es keine Rolle, welche Elemente dieser Verräterschaft angehören, folgedem es also auch Nichtsnutzige gewisser Parteien, des Ständerates, Nationalrates oder der höchsten Ebene sind, denn solcherart an der Heimat Verrat Treibende und Ehrlose gehören vor allem auf keinen Fall in solche Positionen, wie aber auch nicht in die Schweiz. Würden unsere Ahnen – die ihr Blut und ihr Leben für unsere Eidgenossenschaft, unseren Frieden, unsere Freiheit und Sicherheit geopfert haben – das heute erleben, was diese Verräter sich anmassen und tun, würden sie sich im Grab umdrehen und sich vor Elend, Scham und in Schmerz und Tränen winden. Doch die gewissenlose und verantwortungslose Heimatverräterschaft kümmert das nicht, wie sie auch nicht die Heimat Schweiz in ihrer Pracht und in all dem sehen, was das Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand derart lebenswert macht, wie das auf der ganzen Erde in keinem anderen Land gegeben oder überhaupt nur möglich ist. Doch die Heimatverräter sind derart dumm, dämlich und intelligenzlos, dass sie nicht wahrnehmen, dass sie in der Schweiz in einem guten, modernen und weltoffenen Land leben, das als wirklich beste Heimat der Welt einen Platz bietet, in dem jeder Mensch – also auch wirkliche Flüchtlinge, Zugewanderte resp. Übersiedelte – in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben kann, wo er keine Angst haben muss. Weltweit ist die Schweiz wohl das attraktivste und erfolgreichste Land, das auch auf dem ersten Platz der Innovationsliste steht, resp. das durch die Anwendung neuer Verfahren und die Einführung neuer Techniken immer wieder neue Bereiche erobert und alles auf den neuesten Stand bringt, wovon die ganze Schweizerbevölkerung profitiert. Auch die Neutralität der Schweiz ist ein äusserst wichtiger Faktor, der von vielen Staaten beneidet wird, wie ebenso die gepflegte Halbdemokratie, die auch als direkte Demokratie bezeichnet wird. Auch die politische Stabilität, Rechtssicherheit, Wirtschaft und das Bildungssystem sowie die Lebensqualität der Schweizerbevölkerung, wie aber auch noch einiges mehr, verkörpern die Grundpfeiler der Schweiz, durch die alles lebenswert gemacht und allen Schweizerinnen und Schweizern sowie allen sonst in der Schweiz lebenden Menschen ein privilegiertes Leben ermöglicht wird. Das bedeutet auch, dass die Schweiz auch in bezug auf Arbeit und Verdienst, wie auch für Touristen und rechtschaffene Zuwanderer ein sehr attraktives Land ist. So ist es nicht verwunderlich, dass Hunderttausende von rechtschaffenen Menschen mit Migrationshintergrund in der Schweiz täglich einen wichtigen und grossen Beitrag für das ganze Land leisten und zudem hier auch eine neue, friedliche, freiheitliche und sichere Heimat gefunden haben. Dies entspricht der Realität, die auch beweist, dass diese gut integrierten internationalen Menschen einen wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beitrag für die Schweiz leisten und sie in Wahrheit kein Feindbild darstellen, wie von Unvernünftigen unsinnig behauptet wird. Diese schweizerisch-bürgerlich denkenden Menschen mit Migrationshintergrund sind als Integrierte für ihre neue Heimat Schweiz eine Bereicherung, wie

das auch für deren rechtschaffene Nachkommen, die Secondos, der Fall ist; und all diese Menschen verdienen die volle Anerkennung und Wertschätzung. Das muss auch gesagt sein und hat dabei nichts damit zu tun, wenn heutzutage in bezug auf Flüchtlinge und Neuzuwanderungen aus anderen Staaten der Drohfinger erhoben wird oder werden muss, um einer Überfremdung, Steigerung von Kriminalisierung und Verbrechen sowie einer Kultur-fremdeinwirkung usw. entgegenzuwirken. Also muss dafür das notwendige Verständnis aufgebracht werden, wie aber auch für alle des Rechts in die Schweiz Eingewanderten und Integrierten, die als rechtschaffene Menschen aus anderen Ländern stammten, die – wie überhaupt die rechtschaffene Bevölkerung – für das Wohl, den Bestand und das Fortkommen usw. der Schweiz arbeiten und Steuern zahlen. Tatsache ist auch, dass die rechtschaffene Bevölkerung der Schweiz alles dazu beiträgt, die Zukunft des Landes in rechtschaffener Weise zu gestalten und zu sichern, folglich das diesbezüglich Ganze also nicht nur die Aufgabe des Staatsapparates, sondern eben auch der Bevölkerung und der Politiker ist, folgedem also alle zusammen und eben gemeinsam die Verantwortung über das Gesellschaftsbild und das Wohl, den Frieden, die Freiheit und die Sicherheit des Landes tragen, was gesamthaft durch Verstand und Vernunft, durch richtiges Handeln, Tun und Verhalten gesteuert werden muss. Die grosse Mehrheit der Schweizerbevölkerung ist auch dankbar, in diesem Land leben und arbeiten zu dürfen, weshalb sie sich auch dafür motiviert und einsetzt, um diesen Umstand der hohen Lebensqualität bewahren zu können. Je mehr das Gros der rechtschaffenen Schweizerbevölkerung direkt oder indirekt an der Erhaltung aller Werte arbeitet, durch die die Schweiz so stark gemacht wurde, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass dadurch die lebenswerte, erfolgreiche, friedliche, freiheitliche und sichere Schweiz für alle in ihr lebenden Menschen erhalten werden kann, wie dass sie aber auch den Nachkommen eine eben-solche unabhängige und sichere Heimat sein wird.

Ptaah Deine Ausführungen sind beeindruckend.

Billy Was ich sage sind meine ehrlichen Gedanken, die auch meiner Einstellung und Meinung entsprechen. Natürlich gibt es – wie überall – auch in der Schweiz Dinge, die verbessert werden könnten und sollten, denn in allen und jeden Dingen ist alles immer nur relativ perfekt, weil es ja nichts gibt, dass effektiv vollkommen wäre. Eine Perfektion gibt es ja nicht einmal in bezug auf die Schöpfung, die sich als Natur und gesamtes Uni-versum verkörpert – denn dies ist ja alles Schöpfung, nicht jedoch eine von wahngläubigen Menschen erdachte imaginäre Gottheit – und durch ihre ständigen Veränderungen und fortlaufenden evolutiven Entwicklungen beweist, dass alles und jedes niemals perfekt, sondern der unaufhaltsamen Neuerung, Steigerung, Verbesserung und Weiterentwicklung eingeordnet ist. Also denke ich, dass diesbezüglich auch in der Schweiz Faktoren sind, die weiterentwickelt werden müssten oder sollten, wie z.B. die Präambel, die der Bundesverfassung der Schweizer Eidgenossenschaft (vom 18. April 1999; Stand am 1. Januar 2016) folgendermassen vorgesetzt ist:

Bundesverfassung

Präambel:

Im Namen Gottes des Allmächtigen!
Das Schweizervolk und die Kantone,
in der Verantwortung gegenüber der Schöpfung,
im Bestreben, den Bund zu erneuern, um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit
und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken,
im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben,
im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den
künftigen Generationen, gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass
die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen, geben sich folgende Verfassung:
(Es folgen daran anschliessend die Artikel der Bundesverfassung)

Dazu hätte ich den Vorschlag, dass eine neue und zeitgemässe Präambel verfasst werden sollte, wie z.B. in dem oder ähnlichem Rahmen, wie ich folgende geschrieben habe:

Präambel

Im Namen der Ehre, Gleichheit und Würde gilt
allen Menschen des Schweizervolkes, des Landes
und der Kantone Freiheit sowie Frieden zu bewahren,
den Bund zu halten und zu erneuern, die Demokratie und

Gerechtigkeit, die Neutralität und die Unabhängigkeit stets
 in Verantwortung zu tragen gegenüber aller Schöpfung,
 allem Leben, in gegenseitiger Rücksichtnahme und in
 Achtung ihre Vielfalt in Einheit zu leben, im wachen
 Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften
 und der Schuldigkeit gegenüber allen künftigen
 Generationen, in Gewissheit, dass nur frei ist,
 wer liberal und tolerant seine Rechte nutzt
 und in Offenheit und Solidarität wirkt und
 das Volk, das Land und die Welt stärkt,
 sich am Wohl der Schwachen misst
 und dies in der Verfassung ehrt.
 SSSC, 5. November 2015, 23.44 h, Billy

Auch in der Bundesverfassung finde ich eine Sache, die angesprochen und erneuert werden müsste, und zwar hinsichtlich des Faktors Frieden, weil dieser in der ganzen Verfassung nicht zur Sprache kommt, sondern nur die Freiheit, wie in folgenden zwei Artikeln:

Art. 2/1 Zweck: Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.

Art. 10/2 Recht auf Leben und persönliche Freiheit: Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.

Auch die Artikel 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 27 und 28 befassen sich mit Freiheit, jedoch nicht mit dem Frieden, denn dieser wird nur im Art. 58/2 erwähnt, und zwar folgenderweise:

Art. 58/2 Armee: Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.

Meines Erachtens sagt dieser Artikel praktisch nichts aus in bezug auf das Friedensverhalten der Schweiz in bezug auf das eigene Land und gegenüber den fremden Ländern, weshalb ich denke, dass es aus dieser Sicht dringend notwendig wäre, einen separaten resp. zusätzlichen Artikel in die Bundesverfassung einzubringen. Dies müsste natürlich demokratisch geschehen, weil dafür wohl das Stimmvolk zuständig wäre, wie ich denke. Ein solcher Artikel könnte z.B. folgendermassen lauten und die Sache klarlegen:

Art. ? Recht auf Frieden: Die Schweizerische Eidgenossenschaft pflegt und schützt den Frieden, die Freiheit und die Sicherheit durch die Schweizer Armee, die Politik, die Staatsführung und Bevölkerung sowie mit allen damit verbundenen Rechten der Bürgerschaft im eigenen Land, wie auch der Frieden gegenüber allen anderen Ländern/Staaten und deren Völkern unumschränkt und in neutraler Weise gewahrt wird.

Was meinst du dazu, mein Freund?

Ptaah Nach dem, was du erklärt und aufgeführt hast, wird in der Bundesverfassung das Faktum «Frieden» tatsächlich mangelhaft und unzureichend genannt, und zwar nur in unklarem Zusammenhang mit der Armee, die durch Kriegsverhinderung zur Erhaltung des Friedens beiträgt, indem sie das Land und die Bevölkerung verteidigt. Das Ganze entspricht einer etwas seltsamen und unklaren Formulierung und sagt zudem nichts darüber aus, dass im eigenen Land und auch mit anderen Ländern der Frieden gepflegt und geschützt werden soll. Folgedem bedürfte es einer Neuerung hinsichtlich der Auslegung und Wahrung des Friedens, dessen Pflege und Schutz durch die Armee, die Politik, die Regierung und die Bevölkerung, wobei ich deinen Vorschlag als akzeptabel einschätze, zumindest eben in der von dir erstellten Formulierung und Richtigkeit.

Billy Danke für deine Beurteilung. Ob jedoch meine Anregung bei massgebenden Leuten, Parteien oder gar bei Regierenden einmal in Betracht gezogen wird, das bezweifle ich aber, denn ich schätze, dass ich als einfacher unpolitischer Mann aus der Bürgerschaft keine Chance habe, gehört zu werden. Dies besonders auch darum, weil ich mit meiner gutüberlegten Meinung in bezug auf Unrecht und falsches Verhalten jener unrechtschaffenen Leute nicht zurückhalte, die in Medien und in den Regierungen das Sagen haben und durch Falschinformationen usw. bevölkerungs-, staats- und wahrheitsschädlich wirken, oder die sich als Heimatverräter outen. Das ist ja auch so bezüglich euren und meinen Warnungen und Voraussagen hinsichtlich der drohenden politischen, wirtschaftlichen sowie religiös-sektiererischen Weltgeschehen, wie auch in bezug auf Naturkatastrophen und die Folgen der Überbevölkerung. Und Tatsache ist dabei auch, dass viele der von mir angeführten und blankgelegten «Eliteakrobaten» der Regierungen, Politparteien, Heimatverräter/innen, Politiker/innen, Wirtschaftsmagnaten und Kapitalmächtigen usw. sich tagsüber als rechtschaffene, sanfte und gläubige Religions- oder Sektenangehörige und damit als gute Menschen aufspielen und auch fleissig mit Bibelsprüchen und «Gottes»-Worten um sich werfen, ihre Reden führen und gar heuchlerisch beten, um dann jedoch am Abend das rauszulassen, was ihrem wirklichen, krummen, unfriedlichen, gefährlichen, unredlichen, unrechtschaffenen und mitleidlosen Denken, Glauben, Handeln, Tun und Verhalten entspricht, sei es dabei in bezug auf die eigene Familie, die dann tyrannisiert wird, oder anderweitig in irgendwelcher Art und Weise von Unrecht, Hass oder Gewalt usw. Dazu muss ich aber speziell erklären – wie das ja immer notwendig ist, wenn ich etwas klarlege und die Unrechtschaffenen anprangere, weil von Antagonisten, Besserwissern und Stänkerern beiderlei Geschlechts infolge deren Intelligenzmangel stets alles falsch verstanden oder böswillig und neidisch ausgelegt und verdreht wird –, dass ich in dieser Weise nicht, nie und keinesfalls von all jenen rechtschaffenen Menschen resp. Staatsführenden, Beamten, Politikern, Wirtschafts- und Kapitalmächtigen sowie Parteileuten usw. rede, die redliche, in beflissener Form arbeitende, handelnde, tuende, untadelige, solide, unbescholtene, vertrauenswürdige, anständige, lautere, saubere, aufrechte, aufrichtige, wahrheitsliebende, ohne Falsch seiende, tüchtige, patente, ordentliche, honorige, ehrenhafte, charakterfeste, zuverlässige, verlässliche, wackere und korrekt ihre Pflicht erfüllende ehrwürdige Menschen sind. Und dazu muss ich noch sagen, dass glücklicherweise genügend solche ehrenhafte Menschen in den Staatsführungen, unter den Staatsbeamteten, Politikern, Kapitalmächtigen und in den politischen Parteien sowie in der Wirtschaft tätig und bemüht sind, zum Wohl der Bevölkerung und des Landes alles zum Besten zu machen, und zwar auch in der Beziehung, indem sie sich immer bemühen, all jene Unrechtschaffenen in ihrem Regierungs-, Beamten-, Wirtschafts-, Politik-, Parteien- und Kapitalkreis zurückzuhalten, die nur ihre Macht, ihr eigenes Wohl und ihre Vorteile in jeder Beziehung im Sinn haben und vertreten.

Ptaah Dass du das immer wieder klarlegen musst, das ist für mich verständlich, weil es viele böswillige Erdenmenschen darauf anlegen, dich und die Wahrheit mit lügendvollen Angriffigkeiten zu beschimpfen, um sich selbst hochzuheben und glauben zu können, dass sie gross, wissend, gebildet und durch ihre Beschimpfungen, Lügen und Verleumdungen für die Mitmenschen angesehen und unwiderstehlich seien.

Billy Ja, das ist leider so.

Die Schweiz müsste ihre Selbstbestimmung preisgeben

26.10.2017, 14:52 von schweizerzeit EU-No/US

Brisantes Positionspapier der EU-Kommission

Die sich in die Länge ziehenden Auseinandersetzungen zwischen Bern und Brüssel bezüglich des der Schweiz von der EU zugemuteten «Rahmenvertrages» erhalten im Blick auf die laufenden Brexit-Verhandlungen neue Brisanz.

Die britische BBC verfolgt das Brexit-Seilziehen zwischen London und Brüssel mit Argusaugen. Als der EU-Chefunterhändler, der Franzose Michel Barnier, am Montag, 16. Oktober 2017 vor dem belgischen Parlament über den Stand der Auseinandersetzung referierte, war BBC London mit einem Korrespondenten vor Ort. Diesem fiel ein vom EU-Chefunterhändler benutztes Papier auf, in dem die EU-Kommission ihre «Option Schweiz» festgelegt hat. Diesem Papier mit der «Option Schweiz» widmete die BBC-Berichterstattung grosse Beachtung, weil es in den Brexit-Verhandlungen offenbar eine nicht unwichtige Rolle spielt. In der Schweiz scheint bis heute allerdings lediglich die «Basler Zeitung» auf diese für unser Land brisante BBC-Berichterstattung aufmerksam geworden zu sein.

In diesem Papier «Option Schweiz» hält die EU fest, welches Ziel sie gegenüber der Schweiz mit dem Rahmenvertrag anvisiert. Für die EU geht es vorrangig darum, dass die Schweiz im Rahmenvertrag den EU-Gerichtshof als höchste, von der Schweiz nicht mehr anfechtbare Gerichtsinstanz anerkennt für alle Fragen, die Brüssel als «binnenmarktrelevant» einstuft.

Die Vorgeschichte

Blenden wir zurück: Die Verhandlungen über einen Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und der Europäischen Union wurden ausgelöst durch einen Brief des damaligen EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso an die damalige Schweizer Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf. Dieser Brief trägt das Datum vom 21. Dezember 2012. Darin verlangt die EU die «institutionelle Anbindung» der Schweiz an die Gesetzgebung, wie sie der Brüsseler Apparat für die EU festlegt, weiterentwickelt und überwacht.

Der Bundesrat erklärte sich damals rasch bereit, auf die Forderung Brüssels einzugehen. Bereits am 13. Mai 2013 einigten sich die leitenden Diplomaten auf einen Vorvertrag («Non Paper»), der von den Chefunterhändlern beider Vertragsparteien auf Weisung ihrer Regierungen unterzeichnet worden ist.

In diesem «Non Paper» wurde der Bundesrat namens der Schweiz im Blick auf die von Brüssel aufgestellten Forderungen zu drei Zugeständnissen verpflichtet, die auf Vorschlag der Schweiz in einem Rahmenvertrag verbindlich verankert werden sollen:

Erstens müsse die Schweiz sämtliche von der EU als «binnenmarktrelevant» bezeichneten EU-Beschlüsse, EU-Verordnungen und EU-Gesetze fortan automatisch übernehmen – ohne Mitspracherecht, ohne eigene Beschlussfassung.

Ergeben sich Meinungsverschiedenheiten aus der Auslegung von Vereinbarungen (zum Beispiel bezüglich der Binnenmarkt-Relevanz von Beschlüssen), dann müsse sich die Schweiz zweitens dem dazu ergangenen, nicht anfechtbaren, also letztinstanzlichen Urteil des EU-Gerichtshofs vorbehaltlos unterziehen. Genau auf diese Festlegung nahm EU-Chefunterhändler Michel Barnier Bezug, als er vor dem belgischen Parlament bemerkte, der Rahmenvertrag mit der Schweiz sichere der EU die Gerichtshoheit auch in der Schweiz zu allen die EU betreffenden Fragen.

Drittens hatte der Bundesrat der EU namens der Schweiz ausdrücklich ein Recht auf Sanktionen, also auf Strafmassnahmen (neuerdings beschönigend als «Ausgleichsmassnahmen» tituliert) zuzugestehen für den Fall, dass Bern ein Urteil des EU-Gerichtshofs einmal nicht übernehmen könne – weil beispielsweise eine Volksabstimmung etwas anderes als das von Brüssel Vorgegebene beschliessen würde. Anlässlich der Absage des Schweizer Soveräns an die Masseneinwanderung nach EU-Vorgabe hätte die EU dieses Sanktionsrecht also in Anspruch nehmen können.

Diese drei Zugeständnisse hat der Bundesrat im erwähnten Vorvertrag vom 13. Mai 2013 bereits akzeptiert.

Beschönigungsversuche

Die in den Zugeständnissen zum Ausdruck kommende Unterwerfungsbereitschaft versucht Bundesbern freilich laufend abzuschwächen und zu beschönigen. Gewisse Verwirrung entstand daraus, weil sich nicht wenige Befürworter stärkerer Einbindung der Schweiz in die EU-Strukturen laufend auf diese bundesrätlichen Abschwächungen und Ausreden berufen.

Genau zu diesem Sachverhalt schafft das von der EU-Kommission formulierte Papier «Option Schweiz» jetzt Klarheit: Was immer der EU-Gerichtshof beschliesst, gilt als Urteil – und Urteile sind für davon Betroffene verbindlich. Wenn jemand das, was vom EU-Gerichtshof als Beschluss ausgehe, anders bezeichnen wolle, so stehe ihm das durchaus frei. Das ändere aber nichts an der Verbindlichkeit der Urteile des EU-Gerichtshofs: Diese seien endgültig und für jede Partei verbindlich und unanfechtbar. Wenn solche Urteile in irgendwelchen nationalen oder internationalen Gremien diskutiert würden, so ändere sich am Gehalt und an der Verbindlichkeit ergangener Urteile nie etwas.

Wörtlich kommentiert die Basler Zeitung den von BBC London verfolgten Barnier-Auftritt in Belgien wie folgt: «Es sei mit der Schweiz ein Rahmenabkommen in Verhandlung, das zu einer Rechtssprechung des EU-Gerichtshofes in Bezug auf EU-Recht führen würde». Aus Sicht der EU legen also EU-Richter aus, was zwischen der Schweiz und der EU gilt. Das entspricht dem Mandat, das die EU vor vier Jahren für die Verhandlungen verabschiedet hat. Es ist aber etwas anderes als das, was der scheidende Bundesrat Didier Burkhalter und sein Direktor für europäische Angelegenheiten, Botschafter Henri Gétaz, zum Rahmenabkommen sagen.

Diese behaupten jeweils, dass das EU-Gericht gar nicht endgültig entscheide. Nach einem Urteil könne sich die Schweiz immer noch anders entscheiden und dies beim gemischten Ausschuss der EU und der Schweiz vorbringen. Allenfalls

könne die EU dann Massnahmen gegen die Schweiz beschliessen, die allerdings von einem Schiedsgericht mit Schweizer Beteiligung beurteilt würden.»

Von Schiedsgericht, von nachheriger Debatte, von Empfehlungen des gemischten Ausschusses steht im EU-Papier «Option Schweiz» gleich wie im «Non Paper» vom 13. Mai 2013 und im Verhandlungsmandat der EU-Kommission kein Wort. Entsprechende Ausführungen aus dem Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern entpuppen sich als einseitige, vom Departement Burkhalter erfundene Beschönigungen zur Beschwichtigung möglichen politischen Widerstands gegen den Rahmenvertrag.

«Option Schweiz»

Der von Michel Barnier in Belgien vorgetragene EU-Standpunkt unter dem Titel «Option Schweiz» hat ganz andere Folgen. Dazu wiederum die Basler Zeitung wörtlich:

«Das würde bedeuten, dass die Schweiz in Zukunft EU-Recht übernehmen müsste, das sie bisher im Rahmen von sektoriellen Abkommen nicht übernommen hat. Beispielsweise die Unionsbürgerrichtlinie.»

Die EU erhielte mit dem Rahmenvertrag eine Überwachungsfunktion gegenüber der Schweiz. Damit wird bestätigt: Das angestrebte Rahmenabkommen zwischen Bern und Brüssel ist weder ein Koordinations- noch ein Konsolidierungsabkommen, mit welchen Bezeichnungen es neuerdings von Bundesbern versehen wird. Das Rahmenabkommen bringt auch keine Erneuerung des bilateralen Wegs. Es zerstört diesen bilateralen Weg. Denn die Schweiz wäre mit diesem Vertrag nicht länger bilaterale, auf gleicher Augenhöhe mit Brüssel über gemeinsam interessierende Fragen verhandelnde Partnerin. Sie würde zur Befehlsempfängerin degradiert; Brüssel hätte das alleinige Sagen.

Das Rahmenabkommen ist in Wahrheit ein Unterwerfungsvertrag. Es unterstellt die Schweiz Brüssels gerichtlicher Oberhoheit. Mit dem Rahmenvertrag wird die Schweiz zu nichts anderem als zur Zwangsheirat mit der EU verurteilt.

Was unternimmt Bundesrat Cassis?

Vor seiner Wahl in den Bundesrat hat sich der neu für die Schweizer Aussenpolitik zuständige Bundesrat Ignazio Cassis von einem Rahmenvertrag deutlich distanziert, welcher der Schweiz erheblichen Souveränitätsverlust und fremde Richter zumuten würde. Er war dabei über den Stand des mit Brüssel bereits Ausgehandelten wohl nicht genau im Bild. Die Brüssel gegenüber bereits eingegangenen Bindungen Bundesberns wird er wohl erst als gewählter Bundesrat – nach der Orientierung durch die Unterhändler – vollumfänglich erkannt haben.

Dennoch: Bundesrat Ignazio Cassis hat vor seiner Wahl öffentlich versprochen, die «Reset-Taste» zum Thema Rahmenvertrag zu drücken, wenn der Schweiz mit diesem Vertrag Unakzeptables drohe – wie das jetzt ganz offensichtlich der Fall ist.

Wird Bundesrat Cassis jetzt einknicken? Oder wird er tatsächlich die «Reset-Taste» betätigen? Dann müsste er demnächst nach Brüssel reisen und dort erklären, dass das, was mit dem Rahmenvertrag angestrebt werde, für die Schweiz nicht zumutbar sei. Die Fortführung von Verhandlungen sei damit sinnlos. Die Schweiz bleibe gleichberechtigte, bilateral mit der EU verhandelnde, gute und zuverlässige Partnerin der EU. Einem Untertanenverhältnis à la Rahmenvertrag verschliesse sie sich indessen klar.

Solcher Klartext würde Brüssel zwar kaum begeistern. Doch Brüssel würde die Position der Schweiz respektieren. Zu wichtig für die Wirtschaft in den EU-Ländern ist die Schweiz als Kundin der EU. Gegenseitige wirtschaftliche Interessen würden stärker ins Gewicht fallen als das Imponiergehabe einzelner EU-Granden.

Quelle: Basler Zeitung, 20.10.2017, S. 5: «Den EU-Richtern unterworfen». Autor: Dominik Feusi

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/die-schweiz-muesste-ihre-selbstbestimmung-preisgeben_175

Auszug aus dem 690. offiziellen Kontaktgespräch vom 29. September 2017

Billy ... Diesen Artikel hier habe ich kürzlich erhalten. Veröffentlicht wurde er am 25. September 2017 im «Der Landbote» unter dem Titel «Die Nato ist viel aggressiver», und zwar von einem Herrn namens Silvio Moretto aus Unterstammheim. Er schreibt genau in dem Sinn, wie auch ich denke und viele andere verstand- und vernunftbegabte Menschen das ebenfalls tun, und zwar in bezug auf Russland, womit zur gegenwärtigen Zeit natürlich auch Putin gemeint ist. Du kannst ihn bitte lesen, wonach ich dann aber aus meiner Sicht einiges bezüglich Putin und Russland dazu sagen will. Hier bitte ...

Ptaah

Danke. ... (liest)

«Die Nato ist viel aggressiver»

Zur **Auslandberichterstattung des «Landboten»**

Mit schöner Regelmässigkeit erscheinen Artikel auf der Auslandseite des «Landboten», die ich mit Interesse lese, zum Beispiel am 15. September jenen von André Anwar, Korrespondent aus Stockholm. Der Autor schreibt in vielen Medien über Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Vermischtes, Wissenschaft, Kultur und Mode aus Nordeuropa und dem Baltikum. «Er kennt sich mit den Verhältnissen in Schweden, Dänemark, Norwegen, Island, Finnland, Lettland, Estland und Litauen durch zahlreiche Aufenthalte aus», heisst es bei jenen, die unseren Medien seine Texte vermitteln. Bemerkenswert!

Aber nicht nur, er schreibt auch über Nordkorea, die Opec, Südostasien, Italien, Deutschland, Kleinkinderbetreuung... und vieles mehr. Respekt! Woher er wohl all die Informationen hat? Wobei – einige Informationen lässt er in seinen Artikeln auch vermissen. Im oben erwähnten wird über ein Manöver berichtet, welches das schwedische Militär zusammen mit der Nato, «darunter viele Soldaten aus den USA», aktuell durchführt. Ach, war Schweden nicht neutral? Doch, doch, aber da die Russen gleichzeitig ein Grossmanöver (mit 12700 Soldaten) durchführen, müsse man «Stärke zeigen». Die 2010 abgeschaffte Wehrpflicht hat Schweden bereits wieder eingeführt. Und wozu? Antwort: «Seit Moskau aggressiver geworden ist» (elegant eingeflochtener Nebensatz), sei

das leider nötig, das schwedische Militär zu schwach und unfähig. Beleg: «... die ergebnislose Jagd nach vermeintlich russischen U-Booten ...» Verständlich, es waren ja auch keine russischen, sondern Nato-U-Boote, wie wir mittlerweile wissen, darum konnte die schwedische Marine 2011 und 2014 auch keine russischen finden. Mir persönlich fehlen im Ar-

«Warum wird in Schweizer Medien immer wieder das alte Feindbild vom aggressiven Russen heraufbeschworen?»

Silvio Moretto

tikel beispielsweise folgende Tatsachen: Seit dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung hat Russland die damaligen Vereinbarungen eingehalten; nicht so der Westen, sprich die Nato, sprich die USA.

Anstatt sich «keinen Inch nach Osten» auszuweiten (USA-Aussenminister James Baker, 9.2.1990; Moskau), ist die Nato heute in allen baltischen Staaten, in Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien, in der Ukraine, in Kosovo präsent. Haben Sie die Europakarte prä-

sent? Sie hat an die 300000 Soldaten in diese Länder verschoben. Allein die US-Basis Camp Bondsteel in Kosovo zählt um die 5000 Soldaten. Die USA unterhalten in der ganzen Welt über 800 Militärbasen, Russland deren zwei. Aber – man weiss ja, die Russen sind aggressiv. Sie erlauben sich doch tatsächlich, innerhalb ihrer eigenen Grenzen ein Manöver abzuhalten.

Und wie sieht es aus russischer Sicht vor diesen Grenzen aus? Fakt: Bereits 2011 führte die Nato über 5500 (!) Transporte von Kriegsmaterial durch Österreich und Deutschland nach Osteuropa durch. Deutsche Lokomotivführer warnten 2015, dass «beinahe täglich» Militärtransporte durchgeführt würden, oft in die Ukraine. Das und noch viel mehr kann man heutzutage im Internet lesen. Ist kein Geheimnis.

Warum steht nichts davon in unseren Medien? Warum stellt der «Landbote» einem solchen Artikel, in dem das alte Feindbild von «aggressiven Russen» wieder mal heraufbeschworen wird, nicht einen Kommentar mit diesen Fakten entgegen?

Ich weiss es nicht, aber diese Art der Berichterstattung scheint mir für die Glaubwürdigkeit unserer Medien nicht förderlich. Wenn jemand der Meinung sein sollte, wir seien von dieser Entwicklung nicht betroffen, dann kann ich mich beim besten Willen dieser Ansicht leider nicht anschliessen.

Silvio Moretto,
Unterstammheim

«Der Landbote», Montag, 25. September 2017, Leserbrief

...Sehr bemerkenswert, auch in der Beziehung, dass diese Zeitung «Der Landbote» einen solchen Leserbrief veröffentlicht.

Billy Das finde ich auch. Wenn ich nun einiges in bezug auf die speziell in den USA und in der EU-Diktatur vorherrschende Russlandfeindlichkeit und Russlandphobie – eigentlich Russophobie genannt – anspreche, dann tue ich das im Rahmen des Artikels 19 in bezug auf die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, «Meinungs- und Informationsfreiheit»: «Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.» Also lege ich dabei auch klar, dass ich damit weder politisiere noch mich sonstwie in die Politik einmische oder Partei ergreife, sondern dass ich einfach meine Meinung äussere und Informationen freigebe, die mir bekannt sind und die aufweisen, was effektiv Fakt und Wahrheit und meines Erachtens notwendig ist, frei und klar offenzulegen, weil ich weiss, dass meine Worte vielfach von verschiedensten Menschen gelesen werden, die sich Gedanken darüber machen und die Wahrheit erkennen werden. Dann also: Die gesamte westliche Welt, und zwar insbesondere die USA und die EU-Diktatur, sind in bezug auf die Verbreitung der Russlandphobie führend auf dem gesamten Erdenrund, wobei auch das Gros aller namhaften Medien mitzieht, die ihre ganzen Leserschaften mit Lügen und Verleumdungen bewusst russlandfeindlich in die Irre führen. So geschah es auch mit der angeblichen russischen Wahlbeeinflussung in den USA, wodurch Trump die Wahl gewonnen haben soll, was aber Lügenvermutungen und Verleumdungen entspricht – die von

den US-Geheimdiensten und sonstig krankhaft dumm-blöden Alles- und Besserwissern sowie Hillary-Clinton-Fans erfunden wurden und auch weiterhin sowie zukünftig erfunden werden. Dies geschieht aber auch durch das Gros aller jener sonstig dumm-dämlichen Nichtdenker, Alles- und Besserwisser, die infolge brüllender Eigenblödigkeit für allerlei Lügen- und Verleumdungskampagnen gegen Russland und Putin verantwortlich zeichnen, um sie zu diffamieren, öffentlich wider alle Wahrheit zu Feinden des Friedens, Westens und der Welt zu machen, sie herabzuwürdigen und zu verunglimpfen. Und das geschieht auch mit massiven Lügen, wie z.B. in der Beziehung, dass Putin und Russland mit Cyberattacken in die Regierungsgeschäfte der westlichen Staaten eingreifen und damit die Politiker nach russischem Sinn und Willen beeinflussen sollen, wobei dieser blanke Unsinn von allen Unbedarften und selbstredend von russland- und putinfeindlich Beeinflussten für bare Münze genommen wird. Und wie bereits erklärt, wird aller Schwachsinn der Medien von den Medienleserschaften für bare Münze genommen, so auch, dass Putin und Russland – wie erklärt – unter anderem für einen Cyberangriff auf die Demokratische Partei in den USA verantwortlich sein sollen. Und zu diesen Irren, die jeden diesbezüglichen Unsinn glauben, gehört auch die deutsche Bundeskanzlerin Merkel, die erklärt hatte, dass sie russische Versuche der Einflussnahme in bezug auf die Bundestagswahl durch Cyberattacken nicht ausschliessen könne. Tatsächlich und unbestreitbar sind – wie schon gesagt – die westlichen Medien, insbesondere der USA und der EU-Diktatur – wobei aber auch die Schweiz und andere Staaten nicht ausgenommen werden können, in bezug auf die Russlandfeindlichkeit und Russlandphobie führend und die schlimmsten Instrumentarien für die Befindung von Russland und Präsident Putin und dessen Tätigkeit. Und diese Befindung wird durchgeführt für die Erreichung des Zieles, die Völker der Welt zur Feindschaft gegen Russland aufzustacheln, und zwar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, Möglichkeiten und Einrichtungen, um zukünftig womöglich mit Gewalt und mit Hilfe vieler Staaten gegen Russland vorgehen zu können, und zwar im wirren und irren Weltherrschaftssinn der USA und dem Länderfressungssinn der EU-Diktatur, um sich Russland als Vasallenstaat einzuverleiben. Und dass dafür die Medien diverser Staaten – wie Deutschland und die Schweiz und speziell die USA und die EU-Diktatur – besonders hilfreich ihr böses Werk tun, das wissen auch Putin sowie die gesamte russische Regierung und Bevölkerung, weshalb der russische Aussenminister Lawrow den deutschen Medien schon vor Jahren erklärte – es war wohl schon 2012 –, als er von einer deutschen Zeitung als «Kriegsverbrecher» bezeichnet worden war, dass sie eine «Speerspitze der russlandfeindlichen Bewegung» seien, wie er aber auch sagte: «Ich überlasse es dem Gewissen der deutschen Medien, die in bezug auf die Russophobie führend auf dem Planeten sind.» Und dass auch im Europarat eine russlandfeindliche Atmosphäre herrscht, das dürfte ja wohl jedem klar denkenden Menschen bewusst sein, folgedem haben russische «strategische Vorschläge» wenig Chancen, von bestimmten russlandfeindlichen Abgeordneten und Delegationen überhaupt auch nur angehört zu werden. Doch zum Ganzen möchte ich nun folgendes mehr sagen: Putin und Russland werden von allen irren Putin- und Russlandfeindlichen der USA und der EU-Diktatur sowie von diversen anderen Staaten und dem Gros aller Medien ungerechtfertigt und lügnerisch kritisiert, wobei besonders die Medienhetzerei gegen Putin in grossem Stil im Gang ist. Leider gibt es auch in der Schweiz eine gewisse Anzahl solcher Menschen, die ins gleiche russlandfeindliche Horn stossen, weil sie sich dumm und unbedacht in negativer Weise von dämlichen Putin- und Russlandfeinden beeinflussen lassen, die selbst nicht wissen, warum sie Feindschaft, Hass und Lügen verbreiten. Dieser wird immer und dauernd mit Schimpfworten beladen, der aber wahrheitlich jedoch nicht der Teufel ist, zu dem er von allen Putinfeindlichen der USA und EU-Diktatur und deren Politik und Bürgerschaften gemacht wird. Meinerseits muss ich mich rein vernunft- und verstandesmässig klar und deutlich gegen die von den USA und der EU-Diktatur sowie den entsprechenden Bevölkerungsteilen betriebene Dämonisierungsstrategie gegen Vladimir Putin stellen, der als Präsident der Russischen Föderation seine ihm auferlegte Pflicht wahrnimmt und keinerlei Feindschaft gegen den Westen hegt, und zwar weder gegen die USA noch gegen die EU-Diktatur, wie auch nicht gegen all die dämlichen Russlandfeindlichen aus den westlichen Bevölkerungslagern, denen es horrend an Verstand und Vernunft mangelt. Feindschaft war bei Putin tatsächlich nie der Fall, und wie historische Fakten und Tatsachen beweisen, waren Putin und das heutige Russland meines Wissens nie ein Feind der USA und der EU-Diktatur gewesen. Der russische Präsident mag für gewisse Politiker des Westens kein netter Mensch sein, aber er ist mit Sicherheit weder ein Feind des Westens noch der Teufel, zu dem er beschimpft, gestempelt, herabgewürdigt und niedergemacht wird. Effective Tatsache ist, wie ich das Ganze sehe und beurteile, dass Putin in der Weise agiert, wie das ein jeder rechtschaffene politische Staatsführer tun sollte. Das aber geht leider sehr vielen selbstherrlichen Staatsmächtigen und Führungsnarren der USA und der EU-Diktatur usw. völlig ab, folgedem sie nicht derweise ausgereift und nicht ständig bemüht sind, dass sie das eigene Land beschirmen und schützen würden, wie das eben gegenteilig bei Putin der Fall ist, der Russland betreut und beschirmt. Darüber wird aber in den Medien nicht berichtet, folgedem auch keine gesunde, sondern nur verdammende Kritik geübt und der Wahrheit effectiv aus dem Weg gegangen und dadurch die Leserschaft miss-

informiert und hinters Licht geführt wird. In dieser wirklichen Form gesehen, werden von den Medien auch in dieser Beziehung ‹Fake news› verbreitet und die Leserschaften betrogen. Und dafür gibt es viele Beispiele, wie damals, als Russland angeblich im UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen den Iran hätte verhindern können, dies jedoch nicht getan habe. Dies, während die Wahrheit die war, dass der damalige Präsident Dmitrij Medwedew deutlich machte, dass es auch ein grosses Interesse von Russlands sei, dass eine Nuklear-Bewaffnung des Iran verhindert werden müsse. Weiter folgte die Lüge, dass es den USA und Russland gemeinsam gelungen sei, ein Abkommen mit dem Iran auszuhandeln, wodurch dieser rechtsgültig auf sein Recht, nukleare Waffen zu bauen, verzichtet habe. Werden all die kriegerischen, kriminellen und verbrecherischen Machenschaften US-Amerikas seit alters her betrachtet und durchdacht, dann ist die Tatsache die, dass die USA – wie seit dem Bestehen der EU-Diktatur auch diese – resp. zumindest deren weltherrschaftssüchtige Politiker, Militärs und das Gros der Bevölkerung in ihrem Welteroberungs- und Grössenwahn nicht existieren können, ohne dass sie einen Buhmann haben, dem sie alle ihre feigen Ängste, Dreckereien, ihre Feigheit, Feindseligkeiten und ihre Schleimerei auf internationaler Ebene zuschieben und ihren Hass aufbürden können. In dieser Weise war es auch nicht verwunderlich, dass die USA das Ganze ignorierten, als die Spaltung von Jugoslawien erfolgte, andererseits aber weltumfassend laut und öffentlich vehement jammerten, als nach dem Volkswillen der Krim sich diese von der Ukraine abspaltete. Effective Tatsache ist auch, dass Russland die Halbinsel Krim mit einer gigantischen Brücke aus der Isolation holt. Mit dem Bau dieser Brücke über die Meerenge wurde schon von der deutschen Organisation ‹Todt› im Dritten Weltkrieg begonnen, um den sogenannten Kuban-Brückenkopf versorgen zu können. Die Brücke wurde allerdings nicht fertiggestellt und beim Rückzug 1943 gesprengt, jedoch durch die Sowjetunion innerhalb von sieben Monaten wieder aufgebaut, und zwar als Eisenbahnbrücke. Ende Februar 1945 wurde diese dann aber durch Treibeis stark beschädigt und deswegen später abgerissen. Der russische Ministerpräsident Medwedew beauftragte dann im März 2014 die staatliche Strassenbauagentur AwtoDor zur Gründung einer Tochtergesellschaft, die den Bau einer Brücke übernehmen und auch eine Machbarkeitsstudie erstellen sollte. Diese Brücke, die nun im Bau ist und über eine vierspurige Autobahn und eine zweigleisige Eisenbahnstrecke verfügen wird, soll bis 2018 bzw. 2020 fertiggestellt werden und die Direktverbindung zwischen dem russischen Festland und der Schwarzmeer-Halbinsel Krim ermöglichen. Durch die Brücke wird die seit 1953 bestehende Fährverbindung wegfallen. Die sich im Bau befindende Verbindung wird von Kertsch auf der Krim über die Insel Tusla zur Halbinsel Taman führen, wozu die russische Strassenbaubehörde RosawtoDor erklärt hat, dass die Strassenverbindung ab Ende 2018 befahrbar sein wird. Gemäss neuesten Meldungen soll die Eisenbahnverbindung schon ein Jahr früher als geplant fertiggestellt werden. Schon am 1. Dezember 2018 sollen die ersten Züge über die zweigleisige Brücke rollen, und zwar insgesamt 47 pro Tag. Ein Jahr danach soll die Eröffnung der vierspurigen Autobahn erfolgen, wenn alles so abläuft wie geplant wurde. Damit bindet Russland die Halbinsel Krim noch fester an sich und minimiert die Abhängigkeit vom ukrainischen Festland. Diverse Angaben zur Sache konnte ich im Internet finden, wie auch die Daten der Brücke, die folgende sind:

Brücke über die Strasse von Kertsch. Nutzung – Eisenbahn und Strasse – Querung von – Strasse von Kertsch

Ort:	Kertsch
Konstruktion	Pfeilerbrücke
Gesamtlänge	19 km
Baukosten	228 Milliarden Rubel
Baubeginn	2016
Fertigstellung	2018 (Strasse) / 2019 (Eisenbahn)

Euro (EUR) zu Rubel (RUB)
1 EUR ca. 67,99 RUB

Es ist nun auch schon geraume Zeit her, als Russland eine Gaspipeline am Boden des Schwarzen Meeres auf die Krim verlegte, die dort zwei Elektrizitätswerke mit Gas versorgt. Diesbezüglich weiss ich aber nicht, bis wann diese tatsächlich in Betrieb genommen werden können oder ob diese bereits in Betrieb sind. Es heisst dazu, dass Russland die vier Gasturbinen von Siemens für diese Elektrizitätswerke nur durch einen unschönen Trick hätte beschaffen können, was meines Erachtens vielleicht auch nur wieder einer bösen Lüge entspricht.

Bis vor wenigen Jahren hing die Krim noch vollständig von ukrainischen Stromlieferungen ab, wobei aber ukrainische Nationalisten paradoxerweise die Abnabelung der besetzten Krim durch die Kappung von Hochspannungsleitungen auf die Halbinsel beschleunigten. Und wenn ich die gesamte ukrainische Entwicklung

betrachte, dann hat diese für die Ukraine vielleicht auch eine positive Seite, die wohl auch Putin ins Auge gefasst hatte, weil nämlich sein ursprüngliches Ziel darin bestand, eine Landverbindung zur Krim herzustellen, und zwar mit der Hilfe und Unterstützung ukrainischer Separatisten. Dieses Vorhaben ist gescheitert, folgedem es letztlich nur im Donbass, ganz im Osten der Ukraine dazu kam, dass prorussische «Volksrepubliken» entstanden. Mit der entstehenden Brücke auf die Krim dürfte das Problem einer Landverbindung auf die Halbinsel gelöst werden. Putin und Russland können nun aber damit zufrieden sein, dass die Krim – «die Perle in der Krone des russischen Imperiums» – zurückgeholt wurde, nachdem diese 1954 unter Nikita Chruschtschow unbedacht und verantwortungslos an die Ukraine verschenkt worden war. Der Ehemann der Enkelin von Nikita Chruschtschow erklärte einmal klar und deutlich, dass die Überlassung der Halbinsel Krim an die damalige Ukrainische SSR in den Augen der meisten Russen ein grosser Fehler von Chruschtschow war, während ihre Wiederangliederung als wesentlicher Erfolg der zweiten Amtsperiode von Putin als Präsident gesehen werde. Wenn nun aber Putin von den Russlandfeindlichen des Westens in bezug auf die Ukraine als Versager beschimpft und ihm böse vorgeworfen und er beschimpft wird, dass ihm der Prestigeerfolg seiner erlangten Werte dabei helfe, zu verschleiern, dass er in der Ukraine grandios gescheitert sei, dann entspricht das reinem Hass und Neid all jener Putin- und Russlandfeindlichen, die weder verstandes- noch vernunftmässig zu denken vermögen, noch in ihrem Hass und in ihrer Verblendung gross genug sind, auch das Gute und Wertvolle ihrer selbsternannten Feinde zu erkennen und zu respektieren. Es wäre endlich an der Zeit, dass der Westen, speziell die USA und die EU-Diktatur sowie sonstig alle Russlandfeindlichen überhaupt, seine feige Angst und seinen Hass vor allem Russischen in den Griff bekommen und die Tatsache akzeptieren würde, dass alle Russen – und damit auch ihr Präsident – das Recht haben, gemäss ihrem eigenen Willen ihre Entscheidungen in bestem Interesse für ihr Heimatland zu treffen und danach zu handeln. Und wenn sich Russland und Putin nicht damit einverstanden erklären können und nicht erfreut sind, dass die NATO von Lettland bis nach Rumänien Militär aufmarschieren und US-Kriegsschiffe im Schwarzen Meer manövrieren lassen, dann ist das wohl mehr als verständlich, weil das Ganze – wie eh und je – nach Angriff und Krieg riecht. Dafür, eben für dieses kriegsdrohende Vorgehen der NATO – wie andererseits auch der USA –, fehlt jedem verstandes- und vernunftträchtigen Menschen jedwedes Verständnis. Man denke an den letzten Weltkrieg, wie auch ich mich noch daran zu erinnern vermag, was das Fazit für die zehn Millionen Sowjetsoldaten war, die gegen Hitler und seine Soldaten und Nazis gekämpft hatten und starben – nebst sonstig rund 28 Millionen Sowjetbürgern, wie mir Sfath damals erklärt hat. Obwohl ich damals noch sehr jung war, liess mich dein Vater Sfath sehr viele kriegsbedingte Ungeheuerlichkeiten sehen, die sich mir einprägten und die ich nie vergessen werde, und so weiss ich auch vieles von all dem, was geschah, als die Sowjetarmee von Osten her kam und – wie die Alliierten – gegen Nazideutschland kämpfte. Und wären die Sowjets nicht gekommen, als sie von den Nazischergen vom Westen her angegriffen wurden, dann wären auch die Alliierten bis nach Russland vor- und eingedrungen, wie mir damals Sfath erklärt hat. Und das hätte bedeutet, dass sich auch die US-Militärmacht in der Sowjetunion eingenistet und das sowjetische Militär samt Stalin verdrängt hätte, wie dein Vater Sfath dies in einer Möglichkeitsvorausschau ergründet hatte. Auch wenn das nie öffentlich bekannt wurde, ist aber absolut zu verstehen, dass das Bestreben von Putin in bezug auf den Westen resp. die USA und die EU-Diktatur sowie deren Anhängerschaft darin beruht, Russland vor diesen Westmächten und deren Vasallenstaaten zu schützen, damit diese Russland nicht ungeschoren angreifen und überfallen können in ihrer Land- und Weltmachtgier.

Ptaah Du bist, wie immer, gut informiert, und all das, was du gesagt hast, entspricht dem, was wirklich ist, folgedem ich dazu keine weiteren Ausführungen anzubringen habe, weil du alles Notwendige dargelegt hast, das zu erklären erforderlich war.

Obergrenze? Nein, Irreführung der Öffentlichkeit!

Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 9. Oktober 2017

Es ist erst ein paar Tage her, dass Horst Seehofer nach der heftigen Wahlschlappe für die Union in die Mikrophone hauchte, man hätte verstanden. Nein, die Union hat nichts verstanden, will nichts verstehen und darf auch nichts verstehen wollen. Was wir seit dem Wahltag erleben, ist einzig das Bestreben, den Protest der Wahlbürger einzuhegen, um weitermachen zu können, wie bisher. Es werden anscheinend überhaupt keine Konsequenzen gezogen, ausser die Öffentlichkeit noch gründlicher als bisher hinter die Fichte zu führen.

Vor dem «Deutschlandtag» der Jungen Union wurde in den Medien gemunkelt, die Jungen würden mit der Kanzlerin abrechnen. Das Gegenteil war der Fall. Es wurden ein paar Schaufensterreden gehalten, man feierte sich

selbst wie Popstars, die man lieber sein würde, und als ein junger Mann das einzig Richtige tat und den Rücktritt von Merkel forderte, wurde er ausgebuht.

Wenn das die Hoffnungen auf die Erneuerung der CDU waren, kann man die gleich begraben. Mit diesen Jungfunktionären kommt sie bestimmt nicht. Die halten der Kanzlerin die Treue, bis zum Untergang.

Wer geglaubt hatte, die CSU würde, wenn auch nur aus Gründen des Selbstschutzes, aus Furcht vor den nächsten Landtagswahlen, endlich wenigstens teilweise wahr machen, was ihr Vorsitzender Drehhofer, wie er zutreffend genannt wird, seit Jahren verkündet, wurde ebenfalls getäuscht.

Der 10-Punkte-Plan, mit dem Seehofer in die Sondierungsrunde mit der CDU ging, ist das Papier nicht wert, auf das er geschrieben ist. Nichts von den angeblichen Forderungen fand sich im Papier, das nach Abschluss der Gespräche veröffentlicht wurde, wieder. Keine einzige konkrete Festlegung ist darin enthalten, alles nur vage gehaltene Ankündigungen, noch dazu versehen mit Ausnahmeregelungen. Letztere sind das Einzige, auf das man sich verlassen kann. Die Ausnahmeregelungen werden schon in den Koalitionsverhandlungen mit FDP und Grünen zur Anwendung kommen.

Der perfide Taschenspielertrick ist leicht zu durchschauen und würde keine Minute bestehen, wenn die Medien nicht wieder die willigen Helfer bei der Desinformation der Öffentlichkeit spielen würden.

Die Union, behaupten sie, hätte sich auf eine «Obergrenze» von 200 000 «Flüchtlingen» geeinigt, die nur nicht so genannt werden dürfte. Damit hätten sowohl Merkel als auch Seehofer ihr Gesicht wahren können. Hier geht es aber nicht um Gesichtswahrung gescheiterter Politiker, die, koste was es wolle, an der Macht bleiben wollen, auch wenn das Land, dessen Wohl zu mehrern sie geschworen haben, dabei vor die Hunde geht.

Wenn man sich die Mogelpackung anschaut, stellt man fest, dass es keine einzige bindende Vereinbarung gibt. In einer von der dpa verbreiteten «Endversion der Einigung» heisst es: «Wir wollen erreichen, dass die Gesamtzahl der Aufnahmen aus humanitären Gründen (Flüchtlinge und Asylbewerber, subsidiär Geschützte, Familiennachzug, Relocation und Resettlement, abzüglich Rückführungen und freiwillige Ausreisen künftiger Flüchtlinge) die Zahl von 200 000 Menschen im Jahr nicht übersteigt.»

Man «will» lediglich, dass man es durchsetzen wird, ist nicht gesagt. Nicht gesagt ist auch, was mit dem Familiennachzug geschieht, der von der noch amtierenden Regierung bereits beschlossen wurde, aber noch ausgesetzt ist. Allein die Zahl der nachrückenden Familienangehörigen wird nach konservativen Schätzungen über eine Million betragen. Die fallen offensichtlich aus der so genannten «Obergrenze» heraus. Ebenfalls heraus fallen diejenigen, die nach einem zu schaffenden «Facharbeiter-Einwanderungsgesetz» zuwandern dürfen. Daneben soll es aber keinerlei Änderung am Grenzregime geben. Also alle, darauf hat Merkel bestanden, die an der deutschen Grenze das Wort «Asyl» aussprechen, müssen eingelassen werden, ungeachtet der Tatsache, dass sie an diese Grenzen nur durch sichere Drittstaaten gelangt sein können. Ausser den CSU-Funktionären kann niemand glauben, dass dies mit einer «Obergrenze» vereinbar sei. Zudem soll diese «Obergrenze» jederzeit nach oben oder unten korrigiert werden können. Wobei das «unten» nur zur weiteren Irreführung aufgeschrieben wurde.

Interessant ist, dass hier wieder die schon im Unions-Programm zu findenden «Resettlement und Relocation» auftauchen, was wieder nicht näher definiert wird. Dabei handelt es sich um einen Plan der EU der gesteuerten Umsiedlung von Flüchtlingen. Dieser Plan ist nie diskutiert worden, weder im Parlament, noch in der Öffentlichkeit. Er soll offensichtlich durch die politische Hintertür durchgesetzt werden. Auch das gelingt nur durch die Komplizenschaft der Medien.

Zur weiteren Täuschung der Öffentlichkeit wird behauptet, dass Asylbewerber künftig in speziellen Aufenthaltszentren bleiben müssten, bis über ihre Verfahren entschieden sei. Verfahren sollten in diesen «Entscheidungs- und Rückführungszentren» gebündelt werden. Vorbild seien entsprechende Einrichtungen in den bayerischen Städten Manching und Bamberg. Falls Anträge abgelehnt würden, sollten die Betroffenen aus diesen Einrichtungen zurückgeführt werden. Zudem wird im Entwurf die Forderung erneuert, die Liste der sicheren Herkunftsländer zu erweitern, wenigstens um Marokko, Algerien und Tunesien.

Beide Festlegungen werden spätestens bei den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen in den Papierkorb entsorgt werden. Bekanntlich haben die Grünen die vom Bundestags mit überwältigender Mehrheit beschlossene Erklärung der genannten Länder als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat blockiert. Ebenso lehnen sie Aufnahmezentren ab.

Da die Union mit den Grünen eine «stabile Regierung» bilden will, sind die entsprechenden «Kompromisse» bereits einprogrammiert.

Die unglaubliche politische Arroganz, mit der die Union ihr Täuschungsmanöver ausgeführt hat, wird nur übertroffen von der selbstherrlichen Annahme, die Wähler würden so ein durchsichtiges Manöver nicht durchschauen können.

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/10/09/obergrenze-nein-irrefuehrung-der-oeffentlichkeit/>



14:58 10.10.2017; Willy Wimmer

Eigentlich ist der sogenannte Migrationsbeschluss durch Merkel, Seehofer und Co. vom letzten Sonntag für alle Deutschen ein hoffnungsvolles Signal. Das werden all diejenigen empfinden, die es einmal mit «dem Staat» zu tun bekommen haben.

Gnadenlos tritt die öffentliche Verwaltung dem Bürger dann gegenüber, wenn es mal nicht so gerade verlaufen ist. Dann gibt es kein Pardon und kein Beamter oder Richter scheut sich, dem unbescholtenen Bürger das Fell über die Ohren zu ziehen.

Das System bekam allerdings Risse, die sich zu Abgründen für den Staat als solchen auf tun. Die mehr als eine Million Migranten, die seit Jahren in unser Land gekommen sind, haben es vorgemacht. Man muss sich nur auf den Weg über die deutsche Grenze machen und schon kapituliert der vielgerühmte deutsche Rechtsstaat vor Unverfrorenheit.

Am Reichstag in Berlin sollte der noch im Amt befindliche Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert die Inschrift «Dem Deutschen Volke» abhängen und durch den Ausspruch ersetzen lassen: «Da kann man nix machen.» Lange Zeit geisterte der Begriff von der «Bananen-Republik Deutschland» um den Globus. Es ist schlimmer, als je gedacht. Der Staat hat ohne Not seine Substanz aufgegeben und sich der Willkür interessierter Gruppen zur Durchsetzung ihrer Interessen auf deutschem Territorium ergeben.

Die Lage ist, zugegebenermaßen, verfahren. Dafür ist die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel verantwortlich. Wie soll man von dieser Bundeskanzlerin ein beherztes Vorgehen gegen die vorhandenen Probleme erwarten, wenn sie alles daran setzt, einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss oder mehr zu entgehen? Man kennt Formelkompromisse, wenn man nicht weiterkommt. Was der Komplizentreff in der CDU-Zentrale am letzten Sonntag allerdings bewirkt hat, ist die festgeschriebene Unfähigkeit der Bundeskanzlerin und des Ministerpräsidenten aus Bayern, dem deutschen Volk seine verfassungsmässige Ordnung zurückzugeben.

Was jetzt nottut, sind an der Spitze des Staates neue Gesichter. Nicht, weil man sich vielleicht satt gesehen haben könnte. Neue Gesichter nur aus dem Grund, weil die alten Gesichter die von ihnen alleine zu verantwortenden Probleme so lange vor sich herschieben werden, bis die moralische, politische, staatsrechtliche und finanzielle Substanz unseres Deutschland aufgebraucht sein wird. Darauf legen diejenigen es an, die ein Wahlergebnis dafür missbrauchen, dem deutschen Volk jeden nur möglichen Schaden zuzufügen.

Die möglichen Koalitionspartner können das ändern? Die Lollipops von der FDP oder Herr Özdemir von den Grünen? Man muss nur daran denken, wie systematisch Personen in die «amerikanische Führungsreserve» dann aufgenommen werden, wenn für sie der Boden in Deutschland zu heiss geworden ist.

Ein Land, das seine Geschicke nicht mehr selbstbestimmt angeht, ist auf diese Form von amerikanischem Re-Import angewiesen. Kein Wunder, wenn sich in Deutschland der Eindruck verfestigt, dass auch die Sonntags-Entscheidung in der Berliner CDU-Zentrale sich bestens in die Europa-Agenda des Herrn Soros, aber nicht in die verfassungsmässige Ordnung Deutschlands einfügt.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20171010317801382-legalisierte-staatliche-ohnmacht-man-kennt-sein-land-nicht-wieder/>

Mini-Kopie eines menschlichen Gehirns gezüchtet: «Drogen verändern Hirn für immer»

Sputnik; Mi, 11 Okt 2017 10:38 UTC

Biochemiker von der Universität Rio de Janeiro haben aus Stammzellen ein sehr kleines und vereinfachtes Modell des menschlichen Gehirns entstehen lassen. Es eignet sich hervorragend für medizinische Versuche, wie das Fachblatt *«Scientific Reports»* berichtet.

Den ersten Versuch an diesem Hirnmodell haben die Wissenschaftler auch schon vorgenommen: Sie haben den Einfluss von Rauschgift auf die Hirnzellen des Menschen untersucht, wie das Fachblatt schreibt.

«Uns ist es erstmals gelungen, die Veränderungen in der Funktionsweise von menschlichem Gewebe auf molekularer Ebene zu erforschen», sagte einer der Biochemiker laut dem Magazin.

Demnach finden im Menschenhirn unumkehrbare Veränderungen statt, wenn Drogen konsumiert werden. Die ganze Reaktionskette, die das Rauschgift im Gehirn auslöst, konnten die Forscher jedoch nicht nachbilden – darin besteht einer der Nachteile bei Versuchen an künstlich gezüchteten Organen.

Quelle: <https://de.sott.net/article/31278-Mini-Kopie-eines-menschlichen-Gehirns-gezuechtet-Drogen-veraendern-Hirn-fur-immer>

Niedersächsische Landesregierung verbietet Asylbewerbern Zuzug nach Salzgitter

Epoch Times; 11. October 2017

Künftig dürfen keine anerkannten Asylbewerber mehr ins niedersächsische Salzgitter ziehen. «Es handelt sich um eine aussergewöhnliche Massnahme mit dem Ziel, eine soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung der zugewanderten Flüchtlinge zu verhindern», heisst es in der Erklärung aus Hannover.

In Deutschland anerkannte Asylbewerber dürfen sich künftig nicht mehr neu im niedersächsischen Salzgitter niederlassen. Das Innenministerium in Hannover erliess nach eigenen Angaben vom Mittwoch einen Erlass, der Zuzugsbeschränkungen für die von «einer aussergewöhnlich hohen Zuwanderung» betroffene Stadt einführt. «Es handelt sich um eine aussergewöhnliche Massnahme mit dem Ziel, eine soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung der zugewanderten Flüchtlinge zu verhindern.»

Der Erlass weist die Ausländerbehörden in niedersächsischen Kommunen an, in die Aufenthaltserlaubnisse von anerkannten Asylbewerbern künftig einen verbindlichen Zusatz aufzunehmen, der den Zuzug nach Salzgitter verbietet. Bundesgesetze schaffen nach Angaben des Innenministeriums die rechtliche Möglichkeit dafür. Der Zuzug enger Familienangehöriger soll aber erlaubt bleiben.

«Diese sogenannte lageangepasste Wohnsitzauflage ist vom Bundesgesetzgeber ermöglicht worden, um den Zuzug weiterer anerkannter Flüchtlinge in eine Kommune zu unterbinden, wenn dies aus Gründen der Integration notwendig erscheint», hiess es. Demnach wünschen auch die Städte Wilhelmshaven und Delmenhorst den Erlass einer Wohnsitzauflage. Das Ministerium prüft derzeit nach eigenen Angaben Sozial- und Strukturdaten.

Zusätzlich hilft das Land den besonders vom Zuzug anerkannter Asylbewerber betroffenen Kommunen finanziell. Im Rahmen eines sogenannten Soforthilfeprogramms Sekundärmigration stehen für sie 2017 und 2018 jeweils zehn Millionen Euro in einem speziellen Fonds bereit, aus dem wichtige Integrationsprojekte bezahlt werden sollen. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/niedersaechsische-landesregierung-verbietet-asylbewerbern-zuzug-nach-salzgitter-a2238131.html>

GdP kritisiert: Es gibt keinen Grenzschutz «der diesen Namen wirklich verdient»

Epoch Times; 13. October 2017

Nach der von Bundesinnenminister de Maizière angekündigten Verlängerung der Grenzkontrollen hat die Gewerkschaft der Polizei gefordert, dabei nicht nur die deutsch-österreichische Grenze im Blick zu haben. Es gebe keinen Grenzschutz, «der diesen Namen wirklich verdient», so GdP-Vize Jörg Radek.

Nach der von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) angekündigten Verlängerung der Grenzkontrollen hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gefordert, dabei nicht nur die deutsch-österreichische Grenze im Blick zu haben.

Im Osten etwa seien die Grenzen «offen wie ein Scheunentor», sagte GdP-Vize Jörg Radek der «Neuen

Osnabrücker Zeitung» vom Freitag. Auch diejenigen zu Belgien und Frankreich würden vernachlässigt. Das sei «unverantwortlich».

Es gebe keinen Grenzschutz, «der diesen Namen wirklich verdient», kritisierte Radek. Nur die deutsch-österreichische Grenze werde infolge der Flüchtlingskrise kontrolliert. An anderen Grenzen reihe sich Loch an Loch. De Maizière hatte am Donnerstag angekündigt, mindestens weitere sechs Monate bis Mai 2018 an den Grenzkontrollen festzuhalten. Er verwies wie bisher auf die Flüchtlingskrise, nannte aber nun offiziell die Terrorgefahr als Begründung.

Deutschland hatte wegen der hohen Flüchtlingszahlen im September 2015 wieder Kontrollen an der österreichischen Grenze eingeführt. Die nun verlängerten Binnengrenzkontrollen beschränken sich laut Bundesinnenministerium auf die deutsch-österreichische Landgrenze sowie auf Flugverbindungen von Griechenland nach Deutschland.

De Maizière verwies zur Begründung am Freitag erneut auf die Sicherheitslage. «Deutschland und andere Länder haben dramatische Anschläge erlebt», sagte der Innenminister im Bayerischen Rundfunk. Die Lage sei angespannt. Zugleich gebe es immer noch Mängel beim Schutz der EU-Aussengrenzen, auch das Mass illegaler Migration sei «immer noch beträchtlich». (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/gdp-kritisiert-es-gibt-keinen-grenzschutz-der-diesen-namen-wirklich-verdient-a2239560.html>

23. Klimakonferenz

Das freie Wort

23. Weltklimakonferenz 2017 vom 6. bis 17. November 2017 in Bonn. Außer Spesen nichts gewesen - so wird es auch dieses Mal wieder sein! Die Teilnehmer der Weltklimakonferenz werden reden, appellieren, fordern und debattieren - dabei bleibt es dann. Man weiß zwar um die Gefahren des selbstverschuldeten Klimawandels, kann sich allerdings nicht zum Handeln entschließen. Geschweige denn dass die Wurzel des Übels beim Namen genannt würde: die dramatische Überbevölkerung der Erde, durch die immer mehr Menschen immer mehr Ressourcen verbrauchen und systematisch die Natur ihrer Welt zerstören. Das einzig wirksame Mittel sind drastische, aber humane Geburtenkontrollen, die sofort beschlossen und weltweit durchgesetzt werden müssen. Alles andere, was die Konferenz beschließt, basiert auf wirkungsloser Symptombekämpfung und ist bloße Augenwischerei von verantwortungslosen, handlungsunfähigen Politikern und Funktionären.

Achim Wolf, Mannheim (D)
erschienen am Mi, 8. 11.

Quelle: www.krone.at, Wien, Mittwoch, 8. November 2017

Vortrag vom Religionskritiker Philipp Möller

Guten Abend. Ich hoffe, sie entschuldigen meinen jugendlichen Leichtsinn, wenn ich einsteige mit den Worten: Herr Matussek, wer leichter glaubt wird schwerer klug. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, warum ich hier heute Abend mit ziemlich gemischten Gefühlen stehe. Das hängt damit zusammen, dass der Job des Religionskritikers auf der einen Seite sehr leicht ist, aber auf der anderen Seite auch verdammt schwer.

Leicht ist er, weil es erkenntnistheoretisch völlig absurd ist, nur deswegen an einen Gott zu glauben, weil man seine Nicht-Existenz nicht beweisen kann – denn das gilt auch für die Zahnfee, und an die glaubt schliesslich auch kein vernünftiger Mensch. Wie wir an der aktuellen Lage in Japan leider (wieder mal) gut erkennen können, kann es einen allmächtigen, allgütigen und allwissenden Gott schlicht und ergreifend nicht geben. Leicht ist der Job auch, weil wir bis heute weltweit beobachten können, dass Religionen uns Menschen in «wir sind gut und haben Recht» und «die anderen sind böse und liegen falsch» spalten, so dass Kriege entstehen – oder durch Religion zumindest begünstigt werden. Und abgesehen von der sehr guten Vorarbeit, die Epikur, Gallilei, Kant, Feuerbach, Marx, Nietzsche, Darwin, Einstein, Russel und viele andere geleistet haben, hat sich Religionskritik in letzter Zeit sogar fast von alleine gemacht – bedenkt man die systematische Vertuschung der massiven Missbrauchsfälle in kirchlichen Einrichtungen.

Allerdings ist der Job des Religionskritikers auch verdammt schwer – das hängt damit zusammen, dass man es

häufig mit Menschen (wie heute mit Herrn Imkamp und Herrn Huber ...) zu tun hat, die eine staatlich finanzierte Rhetorikschulung erhalten haben, mit der sie es schaffen, uns die unmöglichsten Dinge als möglich zu erklären – das Ganze nennt man dann Theologiestudium. Schwer ist der Job auch deshalb, weil religiöse Glaubensgrundsätze meist als heilig erklärt werden (als unantastbar und nicht zu hinterfragen) und damit schwer unzugänglich werden für sachliche Argumente. Ausserdem – und das spüren einige von Ihnen in diesem Moment vielleicht auch – fühlen sich Religiöse durch Kritik an ihrer Religion häufig persönlich beleidigt, was die Diskussion oft unsachlich und leider oft auch sinnlos macht. Schwer ist der Job auch deshalb, weil uns Politik und Medien immer wieder weis machen wollen, dass die Werte unserer Gesellschaft aus jüdisch-christlichen Wurzeln erwachsen sind – obwohl Demokratie, Menschenrechte, Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau erbittert gegen Vertreter der Religionen erkämpft werden mussten. Schwer ist er auch, weil politische Ideologien (wie z.B. der Nationalsozialismus) gern als «atheistisch» bezeichnet werden, obwohl der katholische Adolf Hitler bis heute nicht exkommuniziert wurde, deutsche Waffen durch beide Kirchen gesegnet wurden, obwohl auf den Gürtelschnallen der Wehrmacht «Gott mit uns» stand und die Luthersche Legende des «Schacherjuden» genutzt wurde, um die «guten» christlichen Arier gegen die «bösen» Juden aufzuhetzen. Ausserdem trägt die Caritas-Legende sogar unter kirchenfernen Menschen zu dem Glauben bei, «die Kirche tue doch so viel Gutes» – obwohl diese sinnvollen Einrichtungen nur zu 1,8% von den Kirchen finanziert werden. Eine billige Werbung also ...

Doch so schwer der Job auch sein mag; er ist bitter nötig! Solange nämlich religiöse Gruppierungen der Meinung sind, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein; solange deutsche Bistümer von allen Steuerzahlern finanziert, aber vom undemokratischen und kriminellen Vatikan gesteuert werden; solange öffentlich finanzierte christliche Tendenzbetriebe ihre Mitarbeiter nach Konfession einstellen und auch wieder feuern dürfen; solange wir Berufschristen dafür bezahlen, Homosexualität als widernatürliche Sünde zu bezeichnen; solange die bitter nötige und berechtigte Kritik an einem totalitären Islam als «islamophob» oder gar als «rassistisch» bezeichnet wird; solange man den gefährlichen Denkfehler begeht, der Intoleranz mit Toleranz zu begegnen und damit unser aller Freiheiten aufs Spiel setzt – so lange muss Religion aufs Schärfste kritisiert werden!

Doch wie auch die Kritiker der Atomkraft haben natürlich auch wir Alternativen im Gepäck, und zwar eine Leitkultur von Humanismus und Aufklärung, die sich auf Wissenschaft, Philosophie und Kunst stützt. Wissenschaft um Erkenntnisse zu erlangen, Philosophie um diese Erkenntnisse zu deuten und Kunst um dem Wunsch des Menschen nach Kreativität und Lebensfreude gerecht zu werden. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Religion Privatsache und vom Staat getrennt ist – politisch, juristisch und finanziell! So will es übrigens auch unsere Verfassung ... Wir sind für eine Gesellschaft, in der Meinungsfreiheit mehr Wert ist als die leicht zu verletzenden «religiösen Gefühle» und in der wehrlose Kinderhirne nicht religiös indoktriniert werden. Wir fordern eine Ethik, die sich an den Interessen der Menschen orientiert (und übrigens auch aller anderen Tiere!) statt einer gottgegebenen Moral! Wir sind für kritisches Denken statt religiösen Dogmen, Diesseits statt Jenseits und Heidenspass statt Höllenqual.

Denn: «Wer das Atom spalten kann und über Satelliten kommuniziert», schreibt Michael Schmidt-Salomon, «der muss die dafür erforderliche intellektuelle und emotionale Reife besitzen!» Jeder Mensch hat die Freiheit, an einen Gott (an welchen auch immer), an mehrere Götter oder an andere Fabelwesen zu glauben oder aber auch davon auszugehen, dass es im Universum mit «rechten Dingen» zugeht. Aber(!); ein säkularer Staat, eine moderne, pluralistische Gesellschaft braucht keine staatlich finanzierte Mythologie, keine vormoderne, streng hierarchische, patriarchale und undemokratische Parallelgesellschaft – die zu allem Übel auch noch aus Steuergeldern finanziert wird (nicht aus der Kirchensteuer). Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts können wir nur gerecht werden, wenn wir «falsche Ideen sterben lassen, bevor Menschen für falsche Ideen sterben müssen.»

Danke

Quelle: <http://philippmoller.de/gottlos-gluecklich/>

(auch auf Youtube <https://www.youtube.com/watch?v=Pv8tUv-6X8Q>)

Kopierrecht-Erlaubnis wird auf der Seite bewusst erwähnt

«Gerne könnt ihr den Text auch Copy-pasten, solange ihr die Quelle angebt: <http://philippmoller.de/gottlos-gluecklich/>»

Keine Wahlfreiheit in der europäischen Union: Die wirklichen Abkommen finden hinter verschlossenen Türen statt

aikos2309; Pravda-TV; Do, 02 Nov 2017 16:43 UTC voltairenet.org am 04.10.2017

Einst waren die Dinge einfach: man organisierte eine Abstimmung, um den Willen der Staatsbürger zu kennen, und wendete dann das Ergebnis an. Daher haben Generationen für das Recht auf freie Meinungsäusserung gekämpft.

Heute ist es ganz anders mit der Europäischen Union: Die Abstimmung darf kein Risiko enthalten oder sie wird verboten. Sie ist nur ein Mittel, um dem, was Brüssel vorher beschlossen hat, einen populären Anschein zu geben oder die Abstimmung soll nicht stattfinden.

Viele politische Akteure sind Heuchler, sie machen öffentliche Äusserungen in einem gewissen Sinn und handeln heimlich anders. Diese Doppelzüngigkeit kann in Konfliktsituationen legitim und geschickt sein, wenn diese politischen Akteure Interessen oder bestimmte Prinzipien verteidigen. Es ist unerträglich, wenn diese Akteure nicht nur einfach ihren Anschein ändern, sondern auch im Grund.

Seit dreissig Jahren ist die Europäische Union von einer voraussehbaren Institution zu einer Bürokratie geworden, die obskure und wechselnde Interessen verteidigt. Seit drei Jahren tritt sie stetig mit Füßen die Ideale, auf die sie sich beruft. Hier sind fünf Beispiele:

- Im Jahr 2005 stimmten die Franzosen und die Niederländer gegen den Vertrag über eine Verfassung für Europa.

Die Europäische Union blies dann die in Dänemark, Irland, Polen, Portugal, Tschechien und im Vereinigten Königreich geplanten Referenden ab. Im Jahr 2007 änderte sie dann ein paar reine formale Elemente des Vertrages und liess ihn vom Europäischen Rat unter dem Namen des Lissabon-Vertrags adoptieren.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen wurde aber ein Referendum in Irland abgehalten, wo die Bevölkerung den Vertrag ablehnte. Die Europäische Kommission sagte, dass der Text missverstanden worden sei, und erreichte ohne jegliche Änderung des Textes, dass die Iren ein zweites Mal im Jahr 2008 abstimmten. Sie haben ihm dann zugestimmt.

- Im Jahr 2014 wurde ein Land von Osteuropa Opfer eines Staatsstrechs, der echte Nazis an die Macht brachte. Mehrere Teile des Landes haben sich erhoben, um die verfassungsgerechte Legitimität wiederherzustellen. Ein Teil hielt ein Referendum ab, um mit dem Zentralstaat zu brechen und sich in einen demokratischen Bundesstaat zu integrieren, deren Teil er in der Vergangenheit war.

Die Europäische Union hat beschlossen, den Putsch und die neue Regierung, einschliesslich der Nazis zu unterstützen. Doch hat sie den ihrer Meinung nach verfassungswidrigen Charakter des Referendums verurteilt und wirtschaftliche Vergeltungsmassnahmen gegen den Staat ergriffen, der zugestimmt hatte, die Rebellenregion aufzunehmen.

Damit hat die EU öffentlich die Nazis verantwortet, hat sich auf eine Gesetzmässigkeit gestützt, die ihren Staatsstreich aufgehoben hat, hat diese Gesetzmässigkeit vor die Legitimität der Regierenden gestellt, und hat einem Staat einen Wirtschaftskrieg aufgezwungen, der nicht mit ihr einverstanden war.

- Drei Monate später, im Juni 2014, hat die Europäische Union eine Präsidentenwahl in den Konsulaten eines fremden Landes verboten. Dabei hat sie unverhohlen das Wiener Abkommen verletzt.

Da sie dachte, dass der mögliche Gewinner dieser Wahl dieses Land nicht leiten sollte, hat sie im Voraus abgelehnt, diese Wahl anzuerkennen, die jedoch im genannten Land und in allen seinen Konsulaten ausserhalb der Union stattgefunden hat.

Als die Ergebnisse bekannt wurden, haben alle ausländischen Botschaften in diesem Land – einschliesslich jener der Mitglieder der Union –, versichert, dass dieser Wahlablauf auf faire und aufrichtige Weise stattgefunden habe, aber die Europäische Union hat ihre Weigerung, die Wahl anzuerkennen, aufrechterhalten.

- Drei Jahre später, im September 2017, hat ein Clan, der die Macht ohne Wählerauftrag in einer Region des Nahen Ostens ausübt und auf benachbarten Ölfeldern, die er illegal besetzt, einseitig ein Referendum über die Unabhängigkeit organisiert. Nicht ohne vorher die Bewohner aus den Bereichen, die der Clan erobert hatte, vertrieben zu haben.

Die Europäische Union hat beurteilt, dass die Instabilität in diesem Teil der Welt es unmöglich mache, eine Präsidentenwahl abzuhalten, dass es aber möglich sei, dass ein Referendum über die Unabhängigkeit stattfinde. Sie sagte, dass dies legitim sei, aber dass der Zeitpunkt nicht angemessen war.

- Ein paar Tage später hat eine regionale Regierung, innerhalb derselben Union, einseitig ein Unabhängigkeits-Referendum organisiert, um den Reichtum an sich zu reißen, den er genießt.

Die Union, die die pro-Unabhängigkeits-Verbände stark gefördert hatte, hat nicht gewünscht, zu diesem

Referendum Stellung zu nehmen, das – im Gegensatz zur Rechtsprechung in Polen und Ungarn – ihr zufolge als innere Angelegenheit eines Mitgliedslandes zu betrachten ist.

Als die Regierung dieses Staates eine verfassungswidrige Gewalt angewendet hat, um die Durchführung des verfassungswidrigen Referendums zu verhindern, hat die Europäische Union zu diesem Verhalten einer Besatzungsmacht nicht reagiert.

- Abgesehen von unseren persönlichen Gefühlen gegenüber den Franzosen und den Niederländern, gegenüber den Iren, den Krim-Ukrainern, den Syrern, den kurdischen Irakern und den katalanischen Spaniern, in allen diesen Fällen hat die Europäische Union nicht versucht, die Wahl der Staatsbürger zu kennen und zu respektieren. Sie hat auch keinen Beweis geliefert, dass sie grundsätzlich logisch ist.

Quelle: <https://de.sott.net/article/31528-Keine-Wahlfreiheit-in-der-europaischen-Union-Die-wirklichen-Abkommen-finden-hinter-verschlossenen-Turen-statt>

Jamaika, Schande der Antillen

Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 2. November 2017

Diesen Spruch lässt Heiner Müller in seinem Stück ›Der Auftrag‹ einen seiner Protagonisten sagen. In seinem Drama geht es um drei Emissäre der französischen Regierung, die nach Jamaika das Zukunftsprojekt Revolution exportieren sollen. Um ihre wahren Absichten zu verschleiern, verstecken sie sich hinter Masken. Aber bevor sie ihren Auftrag ausführen können, holt die Realität sie ein: Die Revolutionsregierung gibt es nicht mehr. Sie ist abgelöst worden von der napoleonischen Diktatur. «Die Welt wird, was sie war, eine Heimat für Herren und Sklaven», resümiert einer der Emissäre ihr Scheitern.

Jamaika, Symbol einer schandbaren Politik. Was für eine Schmierenkomödie: An jedem Verhandlungstag präsentieren sich die Jamaika-Unterhändler auf dem Balkon der Parlamentarischen Gesellschaft und spielen: «Wir hier oben, ihr da unten». Aber unten stehen nur die regierungsaffinen Journalisten, die mit ihren Bildchen und kremlastrologischen Kommentaren dem Tun der Politikdarsteller eine Bedeutung anzudichten versuchen.

Das Ganze ist längst zur Farce geworden. Es kann nur noch bestehen, weil sich die Medien beharrlich weigern, ihrem Auftrag, Politik zu kontrollieren, nachzukommen. Statt Informationen und Analysen liefern sie Banalitäten und seichte Spekulationen: Cem Özdemir, erfahren wir, trinkt während der Verhandlungen Apfel-Karottensaft, Christian Lindner Orange-Karotte.

Lindner umarmt demonstrativ einen CSU-Mann und nickt der Katrin von den Grünen nur distanziert zu. Den Leser schaudert's vor so viel Insider-Geraune ohne jeglichen Wert.

Das Verhältnis sei kollegial, aber in den Inhalten sei man noch weit auseinander. Welche Inhalte? Worum geht es ausser um Posten, Dienstwagen und Privilegien?

Jamaika soll angeblich ein Zukunftsprojekt werden. Das Hindernis für die umgehende Realisierung einer vergoldeten Zukunft für die Unterhändler sind die Wähler, denen man ein X für ein U vormachen muss. Am einfachsten haben es die Grünen, deren Mutation zu einer Sekte (Ramin Peymani) bereits vollendet ist. Mit der zu allen Zugeständnissen bereiten Kanzlerin im Rücken, brauchen sie nur ihre absurden Forderungen und Scheinprobleme, wie Insektensterben, immer wieder zu bekräftigen. Am Ende soll ihr ungebremster Forderungskatalog im Koalitionsvertrag stehen. Jedenfalls, wenn es nach der Kanzlerin geht, die dann nicht mehr ihr grünes Herz verleugnen muss.

Die ›Brandrede‹, die Merkel kürzlich hielt, als es zum ersten Sondierungskrach kam, weil Jürgen Trittin alle Verhandlungsergebnisse, einschliesslich der schwarzen Null im Haushalt, die bereits schriftlich fixiert worden waren, öffentlich wieder in Frage stellte, sprang die Kanzlerin für die Grünen in die Bresche, indem sie verkündete, nichts sei bisher verbindlich beschlossen worden.

Spätestens dann hätte eine kritische Presse die Frage stellen müssen, wozu diese ›Sondierungen‹ eigentlich gut sind, wenn nichts dabei herauskommt. Aber statt eines Rauschen im Blätterwald gab es nur Schweigen.

Auch als sich die Möchtegern-Koalitionäre beim Thema Zuwanderung nicht mal ansatzweise einigen konnten, weil eine Einigung zwischen den Partnern gar nicht möglich sein kann, da ihre im Wahlkampf geäußerten Positionen konträr zueinander stehen, wurde das von den Journalisten kaum thematisiert. Haben sie bereits vergessen, was CSU und FDP versprochen hatten?

Die Grünen wiederholen gebetsmühlenartig ihre Forderung nach ungebremster Aufnahme aller ›Schutzsuchenden‹ und die angebliche Notwendigkeit, den jungen Männern, die ihre Familien schutzlos zurückgelassen haben, aus ›humanitären Gründen‹ und zur ›Beförderung der Integration‹ das Nachholen ihrer Familien zu ermög-

lichen. Zwar wissen wir immer noch nicht genau, wer bei uns ist und woher sie kommen. Das soll aber offensichtlich kein Hinderungsgrund für den Familiennachzug sein.

Auf diese Forderung können sich CSU und FDP nicht einlassen, ohne Selbstmord zu begehen. Unser Land ist schon mit denen überfordert, die bereits hier sind. Wie bis zu 7 Millionen (Ilse Aigner) Zuwanderer in die Sozialsysteme verkraftet werden sollen, diese Frage wird nicht gestellt.

Statt dessen werden weiter Nebelkerzen geworfen. Heute meldet die *«Welt»* *«Zahl der Schutzsuchenden hat sich verdoppelt»*. Es wird der Öffentlichkeit immer noch einzureden versucht, bei den Einwanderern handele es sich überwiegend um Flüchtlinge. Das ist längst widerlegt, aber an der Legende wird eisern festgehalten.

Von 30 000 *«Schutzsuchenden»*, deren Asylantrag abgelehnt wurde, weiss niemand, wo sie sind. Das heisst, die Zustände sind bereits jetzt chaotisch. Aber Kanzlerin und Grüne sind fest entschlossen, dieses Chaos nicht zu ordnen, sondern noch zu verstärken.

Angeblich soll sich die Mehrheit der Bevölkerung nach Jamaika sehnen. Das verlauten jedenfalls die Medien, die sich auf Umfragen berufen. Wahrscheinlich sind für diese Umfragen Journalisten gefragt worden, dann stimmt das Ergebnis sicherlich. Für diejenigen, die mit den Folgen der Masseneinwanderung zu kämpfen haben: Feuerwehrleute, Polizisten, Krankenschwestern, Lehrer, Staatsanwälte, Richter, Angestellte bei den Sozialämtern, Weihnachtsmarkt- und Kirmes-Besucher trifft das sicher nicht zu.

Die Jamaika-Verhandlungen sind der Endkampf der alternativlosen Kanzlerin um eine weitere Amtszeit. Es gibt keinen Grund, ihre in jeder Hinsicht gescheiterte Politik um vier Jahre zu verlängern.

Die Kanzlerin hat immer schon eine schwarz-grüne Regierung präferiert. Dann soll sie eine Minderheitsregierung mit ihrem Lieblingskoalitionspartner bilden und schauen, wie weit sie damit kommt. Damit würde sie sich wenigstens ehrlich machen.

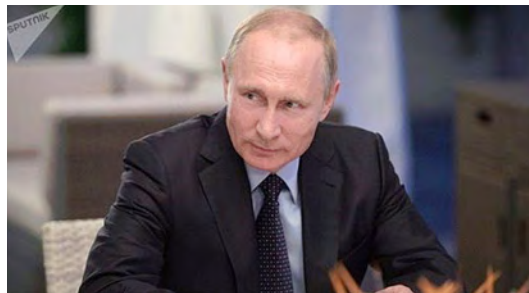
Es gibt Schlimmeres als Neuwahlen: Jamaika.

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/11/02/jamaika-schande-der-antillen/>

Putin: «Unser grösster Fehler war: Wir haben dem Westen zu sehr vertraut»

Sputnik; Do, 19 Okt 2017 06:37 UTC

Russlands übertriebenes Vertrauen in Europa hat Präsident Wladimir Putin als den grössten aussenpolitischen Fehler seines Landes in den letzten 15 Jahren bezeichnet.



© Sputnik/ Alexej Druzschinin

Eine deutsche Journalistin fragte Putin bei der Abschlussitzung des Diskussionsklubs *«Waldai»* am Donnerstag in Sotschi, welche groben Fehler Russland und Europa in den letzten 15 Jahren in den bilateralen Beziehungen gemacht hätten.

«Der grösste Fehler von unserer Seite in Bezug auf den Westen war, dass wir ihm zu sehr vertraut haben», sagte Putin. *«Und ihr Fehler war, dass sie dieses Vertrauen als Schwäche wahrgenommen und es missbraucht haben»*, fügte Putin hinzu.

Russland und Europa müssten aber die Vergangenheit hinter sich lassen.

«Wir müssen das alles aber hinter uns lassen und einfach weitermachen, indem wir unsere Beziehungen auf gegenseitigem Respekt aufbauen und uns gegenseitig als gleichberechtigte Partner behandeln», so Putin.

Quelle: <https://de.sott.net/article/31367-Putin-Unser-groSster-Fehler-war-Wir-haben-dem-Westen-zu-sehr-vertraut>

Tiefe Spaltung der Gesellschaft: Kinderarmut in Deutschland ist Dauerzustand

RT Deutsch; Di, 24 Okt 2017 21:54 UTC

Die Berichte über die wachsende und zunehmende Armut in Deutschland reissen nicht ab. Eine neue Studie kommt nun zum Schluss, dass Kinderarmut in Deutschland ein Dauerzustand sei. Nun müsse die Politik einschreiten, um der Entwicklung entgegenzuwirken.

Mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland lebt laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung länger als fünf Jahre in armen Verhältnissen. Für zusätzlich zehn Prozent der Kinder in der Bundesrepublik ist Armut nach der Untersuchung, die am Montag vorgestellt wurde, zumindest ein zwischenzeitliches Phänomen:

«Kinderarmut ist in Deutschland ein Dauerzustand. Wer einmal arm ist, bleibt lange arm. Zu wenige Familien können sich aus Armut befreien», sagt Stiftungsvorstand Jörg Dräger zum Ergebnis der Studie.

Als armutsgefährdet gelten Kinder, die in einem Haushalt leben, der über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens verfügen kann oder vom Staat eine Grundsicherung erhält. Wie viele Kinder in armen Verhältnissen leben, ist bekannt. Neu aber: Für die Studie haben die Forscher erstmals über den Zeitraum von 2011 bis 2015 untersucht, wie durchlässig die sozialen Milieus sind.

Armut bedeutet laut Bertelsmann-Stiftung für die Kinder vor allem Verzicht. Die Grundversorgung ist in der Regel gewährleistet, **aber die Betroffenen sind vom gesellschaftlichen Leben abgekoppelt**. Um das messbar zu machen, fragen die Wissenschaftler, welche 23 Güter und Aspekte aus finanziellen Gründen in den Familien fehlen. Darunter fallen Kinobesuche, Freunde einladen, Computer mit Internetzugang oder eine ausreichend grosse Wohnung. Kinder in einer dauerhaften Armutslage geben laut Studie an, dass ihnen im Schnitt 7,3 der abgefragten Güter fehlen.

Kinder mit zwischenzeitlicher Armutserfahrung geben an, im Durchschnitt auf 3,4 Dinge verzichten zu müssen. Kinder, die dauerhaft in gesicherten Verhältnissen leben, fehlen aus finanziellen Gründen im Schnitt nur 1,3 der abgefragten 23 Güter.

«Die zukünftige Sozialpolitik muss die Vererbung von Armut durchbrechen. Kinder können sich nicht selbst aus der Armut befreien – sie haben deshalb ein Anrecht auf Existenzsicherung, die ihnen faire Chancen und gutes Aufwachsen ermöglicht», appelliert Dräger an die Politiker.

Daher solle die Politik Kinder nicht wie kleine Erwachsene behandeln, sondern die bisherigen familienpolitischen Leistungen neu bündeln und unbürokratisch helfen.

Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden hat sich nach einem Bericht der *«Saarbrücker Zeitung»* in den vergangenen Jahren spürbar erhöht. Im Jahr 2016 verfügten 43,6 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe über entsprechend geringe Einkünfte. Im Jahr 2005 lag der Anteil noch bei 39,3 Prozent. Das Blatt beruft sich für seine Angaben auf aktuelle Daten der Bundesregierung, die die Sozialexpertin der Linksfraktion, Sabine Zimmermann, abgefragt hatte. Demnach war auch deutlich mehr als jeder dritte Alleinerziehenden-Haushalt mit minderjährigen Kindern auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) angewiesen. Der Anteil lag bei 36,9 Prozent. In absoluten Zahlen waren das 606 000 – **knapp 42 000 mehr als 2005**.

Nun erklärten die Grünen, dass sie sich in den Sondierungsgesprächen für das Thema Kinderarmut stark machen würden. Dazu sagte die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt: «Ich möchte nicht in vier Jahren dastehen für den Fall, dass wir an einer Regierung beteiligt wären, und noch einmal sagen müssen, jedes fünfte Kind lebt in Armut.»

Es brauche Investitionen in Familien, erklärte Göring-Eckardt weiter. Auch die Linken sehen dringenden Handlungsbedarf: «Die Bekämpfung von Kinderarmut muss ein zentraler Punkt des Koalitionsvertrages werden», forderte Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender von den Linken.

Caritas-Präsident Peter Neher forderte, den Kinderzuschlag abzuschaffen und in ein einheitliches Transfersystem zu integrieren. Um Eltern möglichst früh Hilfe zu gewähren, hält er weiter die flächendeckende Einrichtung präventiver Lotsendienste in Geburtskliniken für erforderlich, damit alle Eltern Zugang zu frühen Hilfen erhalten. Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK forderte, die Regelsätze für die Grundsicherung zu erhöhen. (RT Deutsch/dpa)

Quelle: <https://de.sott.net/article/31410-Tiefe-Spaltung-der-Gesellschaft-Kinderarmut-in-Deutschland-ist-Dauerzustand>

Besuchsbericht: Das westliche Mediennarrativ über Syrien ist Bockmist

N8Waechter; Nachtwächter; Mi, 25 Okt 2017 13:18 UTC



Syrien befindet sich offiziell seit 7 Jahren im «Bürger»krieg. Die Systemmedien geben sich seit vielen Jahren die grösste Mühe, das Land und seinen Führer Baschar al-Assad als hinterwäldlerisch und kriegerisch darzustellen. Für den hirnvermatschten Otto Normal ist Assad ein «neuer Hitler» und Millionen von Syrern fliehen folglich völlig zu Recht aus ärmlichen, ausgebombten Verhältnissen nach Europa und insbesondere Deutschland, um sich ein neues Leben, frei von «Verfolgung», Mord und Krieg aufzubauen. Doch deckt sich dieses, von westlichen Leidmedien und Politik transportierte Bild mit der Wirklichkeit vor Ort?

Der US-amerikanische Buchautor Brandon Turbeville berichtet seit dem Jahr 2011 auf der US-Plattform Activist Post über Syrien und den von westlicher Seite ständig am Köcheln gehaltenen dortigen Konflikt. Am gestrigen 24. Oktober 2017 veröffentlichte er einen Bericht seiner Reise nach Syrien, welcher ein selten bereitgestelltes Bild des Landes bietet. Hier seine persönlichen Eindrücke seines Besuchs in Syrien von Anfang Oktober 2017, aus dem Beitrag «Western Media Narrative Is Bullshit»:

Das erste, was bei der Ankunft in Damaskus herausstach, war nicht die Architektur oder der Verkehr oder gar die Tatsache, dass das Leben fast vollständig in die vom syrischen Militär befreiten Gegenden zurückgekehrt ist, sondern es waren die Menschen. Viele Amerikaner, ständig von der Medienpropaganda gefoltert, dass alle in jedem fremden Land sie aufgrund ihrer Freiheit, Religion und kurzen Hosen hassen, wären überrascht zu wissen, dass viele der Menschen intelligent genug sind, das amerikanische Volk von der amerikanischen Regierung zu unterscheiden – auch wenn Amerikaner nicht immer intelligent genug sind, es ihnen gleichzutun.

Ungeachtet der Propaganda, welche dem westlichen Publikum dargereicht wird, finden sich im syrischen Volk einige der willkommensten und freundlichsten menschlichen Geschöpfe der Welt. Von dem Moment an, als wir das Land betraten, wurden wir von syrischen Soldaten an praktisch jedem Checkpoint in Syrien willkommen geheissen und so auch in Damaskus, wo die Menschen ihre berühmte Gastfreundschaft zum Ausdruck brachten. Überall, wo wir während unseres gesamten Besuchs hinkamen, wurden wir mit «Willkommen in Syrien» begrüsst, von Soldaten, Fremden, Passanten auf der Strasse, Ladenbesitzern und praktisch jedem, mit dem wir in Kontakt kamen. Das Willkommen war eindeutig aufrichtig. Alle waren offensichtlich erfreut und seltsam geehrt, dass Ausländer Syrien besuchen und viele brachten ihre Freude zum Ausdruck, dass «Touristen» nach sechs Jahren des Kriegs nach Syrien zurückkehren. Es war ein Zeichen dafür, dass die Dinge sich allmählich wieder normalisieren.

Während Amerikaner weiterhin den Eindruck haben mögen, dass Syrer von Religion besessen, argwöhnisch und hasserfüllt gegen Ausländer sind (insbesondere gegenüber Amerikanern, aufgrund all unserer angeblichen «Freiheit»), kann ich ohne Einschränkung sagen, dass dies nicht wahr ist und dass ich während meines gesamten Aufenthalts nicht ein einziges Mal irgendwelche Feindseligkeiten von auch nur einem Syrer erlebt habe. Tatsächlich wurde uns das genaue Gegenteil gezeigt, da ich selbst und andere nach einer kurzen Unterhaltung wiederholt zum Abendessen, Tee und Kaffee eingeladen wurden.

Man mag den Inhalt dieses Artikels schnell als schlichtes Gefasel eines Touristen von sich weisen, dennoch ist es wichtig. Nach sechs Jahren der Bombardierung, Finanzierung von Terroristen und hysterischer Propaganda auf den Bildschirmen von praktisch jedem Amerikaner, wissen die Amerikaner ebenso wenig über Syrien wie im Jahr 2010. Der Durchschnittsamerikaner sieht Syrien und die syrische Kultur als etwas Ähnliches wie in Saudi-Arabien, wo all die Frauen von Kopf bis Fuss verpackt sind und keinerlei Rechte haben, wo Nicht-Muslime verfolgt werden und islamisches Recht vorschreibt, dass eine unglückliche Seele, welche dort geboren wurde, nicht einmal Zugang zu Alkohol hat, um ihren Kummer zu ertränken.

Für den Durchschnittsamerikaner besteht die Landschaft in Syrien aus nichts anderem als Sanddünen so weit das Auge reicht – kein Wasser und keine Bäume. **Hollywood und die Konzernmedien haben tatsächlich exzel-**

lente Arbeit geleistet, die amerikanische Mittelschicht davon zu überzeugen, dass diese «normalen» Leute wüstenbewohnende Wilde aus der Steinzeit seien. Dies macht es einfacher, die Wilden zu hassen und zu bombardieren, als Menschen mit Familien, Arbeitsplätzen und eigenen Träumen zu ermorden. Die amerikanischen Medien haben so gesehen ihr Geld verdient.

Um mit einigen dieser Mythen aufzuräumen, was vor langer Zeit bereits hätte geschehen sollen, könnte es der Erwähnung wert sein, dass die traditionelle Darstellung des Mittleren Ostens (verhüllte Frauen, Unzivilisiertheit und Enthauptungen) bei Amerikas Alliierten Saudi Arabien der Wirklichkeit näher kommt, als irgendetwas in Syrien. Das Land hat gewiss Wüsten, doch es hat auch Berge, üppige grüne Gegenden, Küstenregionen und Seen. Frauen dürfen Auto fahren, wählen, öffentliche Ämter bekleiden und praktisch alles tun, was ein Mann in Syrien tut, sofern sie es wünschen. Frauen sind nicht verhüllt. Wenn man in den Strassen von Damaskus oder jeder anderen grossen Stadt unterwegs ist, dann wird man zahlreiche unverhüllte Frauen in engen Jeans und Tanktops sehen. Es gibt keine Religionspolizei von der sie gejagt werden, denn die Regierung ist weltlich und fördert die Säkularität mittels Gesetzen und Politik. Religiöse Freiheit gilt für Muslime, Juden und Christen gleichermaßen.

In den Städten gibt es jede Menge Bars, wie auch Spirituosenläden, und die allgemeine Möglichkeit, so betrunken zu sein, wie es nötig ist, um sich als Westländer zu fühlen, ist jederzeit gegeben.

Religiöser Fetischismus spielt sich in amerikanischen Hirnen härter ab, als im Leben des durchschnittlichen Syrers. Muslime, Christen, Juden und all die anderen Zweige der Religionen haben seit Generationen friedlich koexistiert und tun dies heute weiterhin. Ein Spaziergang durch irgendeine [syrische] Stadt wird dies sonnenklar offenbaren. Niemand in Syrien betätigt sich eines religiösen Bürgerkriegs. Nur in den Hirnen der Westländer, welche täglicher Propaganda ausgesetzt sind, hat die Syrienkrise etwas mit Religion zu tun, und nur auf den Telepromptern von CNN und MSNBC ist die Krise ein Bürgerkrieg.

Überall in Syrien, selbst nach sechs Jahren intensiver Kämpfe und einigen der brutalsten Gräuel, welche die Welt jemals gesehen hat, und welche durch Amerikas Terroristen begangen wurden, beginnt das syrische Volk mit dem Wiederaufbau. Selbst in Gegenden, welche vormals von Amerikas höhlenbewohnenden Stellvertretern kontrolliert wurden, kommt das Leben nach Syrien zurück. Geschäfte werden wiedereröffnet, Häuser neu gebaut und Dienstleistungen wiederhergestellt. Es ist ein Gütezeichen für die Syrer, welches geholfen hat, das Land durchzubringen: Unverwüstlichkeit im Angesicht unvorstellbar schlechter Aussichten.

Ein Spaziergang durch ein Suk nahe der Zitadelle von Aleppo, wo es vor Leben einst wimmelte und die Läden jetzt zu Schutt durchlöchernten Mauern reduziert sind, zeigen Syrer, wie sie mit Taschen und einer Schaufel zu ihren alten Läden gehen und sich anfangen durch den Dreck, die Steine und den Schutt zu buddeln und ihre Ladenstühle für den Tag herausholen, an welchem sie letztlich wieder öffnen. Selbst inmitten ständig zu hörenden Beschusses, inmitten von Anschlägen durch Schläferzellen und Gegenangriffen durch Amerikas Terroristen, sind die Restaurant- und Ladenbesitzer wieder an der Arbeit und machen mit ihrem Leben weiter – selbst nach hier und dort immer noch stattfindenden unzähligen Mengen Toter.

Es ist fast unmöglich, Worte für die Entschlossenheit zu finden, welche vom syrischen Volk an den Tag gelegt wird. Nicht nur beim Erhalt ihrer Kultur während der möglicherweise dunkelsten Periode des Landes oder beim Wiederaufbau ihrer Häuser und Geschäfte, sondern auch ihr trotziger Wille, sich den Versuchen westlicher Imperialisten zu verweigern, ihr Land und ihre Kultur zu zerstören.

Syrien ist ein besonderes Land und die meisten Syrer sind sich dessen bewusst. Es ist nicht einfach nur eine Abstraktion der Menschen die hier leben. Bei einem Abendessen in einem Hotel-Restaurant in Damaskus trafen wir ein syrisches Paar, welches sein eigenes Wissen darüber zum Ausdruck brachte, dass Syrien auf jeder Ebene ein besonderes Land ist und wie verbunden sie selbst zu ihrem Land sind – in einer Form, welche für die meisten Menschen unverständlich ist. Wahrlich, das Blut des Landes fliesst durch ihre Adern.

Wir sprachen mit einer Gruppe von Kunst- und Theaterstudenten und ihren Lehrern, welche während des Krieges in Damaskus verblieben waren. Die jungen Frauen waren Anfang zwanzig und mussten ihre gesamte Zeit als Jugendliche im Krieg verbringen. Als sie an sich das Autofahren im Verkehr von Damaskus hätten lernen sollen, sich hätten verabreden sollen und einfach Heranwachsende hätten sein sollen, mussten sie Bomben auf ihre Städte fallen sehen, erleben wie ihre Freunde und Familienmitglieder ermordet wurden und jeden Tag darum kämpfen, genug zu Essen zu haben. Deren Jugend wurde von Amerikas Terroristen verschwendet, Jahre des Heranwachsenden, welche Erinnerungen an die schlimmsten Greuel beinhalten, ohne Raum für die Ängste von Heranwachsenden und Widerstände gegen die von den Schulen gesetzten Grenzen. Stattdessen nahmen Bomben den Platz von Feiern und Rebellion der Heranwachsenden ein.

Trotz all dessen war ihr Ausblick überraschend positiv und unglaublich lebensbejahend. «Für uns», sagte eine der Frauen, «geht es beim Leben ums Leben. Wir sind vom Tod umgeben, also ist für uns das Leben genug.»

Nach der Unterhaltung, als wir gingen, dankte einer aus unserer Gruppe den Frauen für ihre Einladung, ihre Zeit und dafür, dass sie uns an so einem wunderschönen Tag von ihrem Leben und den von ihnen erlebten Tragödien berichtet haben. Dazu sagte eine der Frauen: «Ja, aber alle Tage sind wunderschön. Man muss nur fähig sein, die Schönheit zu erkennen.» Diese Worte fassen das Syrien zusammen, welches ich über zehn Tage lang erlebt habe.

Etwas später sprachen wir mit einem syrischen Mann und die Frage kam auf, wie die Syrer in der Lage zu sein scheinen, immer wieder aufzustehen und wieder zu leben, ihre Kinder zur Schule zu schicken, arbeiten zu gehen, wiederaufzubauen, obwohl der Krieg nur 3 Kilometer weiter immer noch läuft. Die Antwort war einfach: «Das ist Syrien.» Der Äusserung, dass die westlichen Mächte die syrische Verbindung zu ihrem Land und ihrer unvergleichlichen Entschlossenheit, ihr Leben fortzusetzen und Verlorenes wieder aufzubauen, nicht verstünden, wurde zugestimmt. «Das stimmt», sagte er. «Sie verstehen uns nicht und deshalb haben sie verloren.»

Wer gewisse Ähnlichkeiten zu einem grossen Land in der Mitte Europas erkennt ...

Alles läuft nach Plan ...

Der Nachtwächter

Quelle: <https://de.sott.net/article/31479-Besuchsbericht-Das-westliche-Mediennarrativ-uber-Syrien-ist-Bockmist>

Das deutsche Phantom

29. Oktober 2017 Wolfgang Arnold Aufklärung

Diejenigen, die schon lange in der verzerrten bundesdeutschen Realität leben, wundern sich über gar nichts mehr. Es ist ganz einfach: Da wird eine Frau zur Vizepräsidentin des Bundestages gewählt, die vor nicht langer Zeit in einer Demo der Antifa mitgeisterter und nicht reagiert hat, als aus der Menge: «Deutschland, du mieses Stück Scheisse» und «Deutschland verrecke» gebrüllt wurde.

Ein Mensch mit Restverstand vielleicht schon. Doch leider hängt nichts mehr von Leuten mit Restverstand ab; die Masse wurde Opfer eines teuflischen Experiments. Ihre Informationssphäre wurde «abgeschaltet» von Leuten, die sich Herausgeber, Intendanten, Meinungsforscher, Journalisten, Analysten und hochdotierte höchst ehrsame Bürger (wie Frau Kahane) nennen ...

Sie alle haben mitgeholfen, eine Versagerin als «mächtigste Frau der Welt» hochzujubeln. Für welches Verdienst wurde dieses Etikett vergeben? Dafür, dass sie dieses Land nun restlos gegen die Wand gefahren hat? Entschuldigung. Stimmt natürlich nicht. Die Exportwirtschaft brummt wie nie (dank Verschuldung der Abnehmer mit inzwischen 856 Milliarden Euro), die Energiewende flutscht (dank Verbrauchern, die vergangenes Jahr 643 Mio. Euro für Wind-Strom zahlten, den es gar nicht gab! Phantom-Strom!), das Sozialsystem ist gesund (dank 1,5 Millionen künftig fleissiger Beitragszahler), der Euro ist stark (dank des Glaubens an die Einlagensicherung deutscher Geldhäuser), das Bildungsniveau sinkt auf allen Ebenen, das schulden wir der kulturellen Integration so vieler ausländischer Neubürger ...

Vor den Wahlen wurde die Meinung vorgegeben, dass Alexander Gauland ein Nazi sei. Die Frage nach dem Warum ist völlig unwichtig. Es reicht das Etikett, er ist ein Nazi. Ihm gefällt der unkontrollierte Zufluss von Migranten nicht oder gleichgeschlechtliche Ehen? Dann gefällt ihm folglich Hitler. Also Faschist. Die Technologie funktioniert simpel und überall.

Die katalanische Pandorabüchse muss um jeden Preis geschlossen bleiben, das ist der spanische Präsident Mariano Rajoy ganz Europa schuldig. Wo kämen wir hin, wenn sich am Ende auch noch der Freistaat Sachsen seiner Freistaatlichkeit besinnen würde?

Die EZB dreht mit einer Bilanzsumme von 5 Billionen Euro das grösste Rad aller Zentralbanken dieser Welt. Voller Stolz sollten wir auf Mario Draghi schauen, und auf Jean Claude Juncker, der die Notenbanker von Rumänien und Bulgarien noch im schiefen Turm von Frankfurt unterbringen möchte.

Glücklicherweise nimmt sich einer des europäischen Tiefgangs an: Papst Franziskus prangert die niedrige Geburtenrate in Europa an und meint, die kulturellen Unterschiede von Migranten seien deshalb eher «eine Ressource als eine Last».

Um identitätslose, flexible, jeglicher Ahnung enthobene «Individuen» zu schaffen, muss man sie ihrer Kultur, ihrer Geschichte, ihrer Bildung und ihrer sozialen Bindungen berauben.

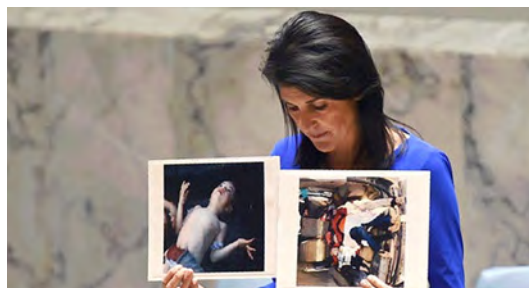
Quelle: <http://krisenfrei.de/das-deutsche-phantom/>

Stimmt!

Moskau: «Vorgehen des Westens in der UN grenzt an Deckung von Terroristen»

Sputnik; Do, 26 Okt 2017 15:23 UTC

Die westliche «Troika» hat in den letzten Jahren alle Versuche Russlands blockiert, eine Reaktion des UN-Sicherheitsrates auf die Verbrechen der Terroristen unter Einsatz von Chemiewaffen zu erwirken, was an eine offene Deckung der Terroristen grenzt. Dies wird in der am Mittwoch verbreiteten Erklärung des russischen Aussenministeriums festgestellt.



Die Behörde hat darin insbesondere die Position der USA kritisiert, die erklärt hatten, dass Moskau «den Einsatz von Chemiewaffen durch das Assad-Regime gegen unschuldige Frauen und Kinder billigt» und «sich ein übriges Mal auf die Seite von Diktatoren und Terroristen, die Chemiewaffen einsetzen, gestellt hat».

Ausserdem verwies das russische Aussenamt darauf, dass der Einsatz von Sarin im syrischen Chan Sheihun am 4. April und die nachfolgende Entwicklung des Geschehens ernste Probleme in der Tätigkeit der Mission der Organisation für das Verbot der Chemiewaffen (OPCW) und des Gemeinsamen Mechanismus der Uno zur Untersuchung der Chemiewaffen-Angriffe bei der Ermittlung der Tatsachen offenbart habe.

In Moskau bezeichnete man dies als eine grobe Verzerrung der Position des Opponenten und betonte, dass Russland mit seinem Veto gegen die von den USA gewollte Terminverlängerung für die UN-Giftgasuntersuchung in Syrien nicht gegen die Verlängerung des Mandats des gemeinsamen Mechanismus der UNO zur Untersuchung der Chemiewaffen-Angriffe eingetreten sei, sondern vielmehr gegen eine übereilte Entscheidung in dieser Sache. «Es geht um die konsequente und grosse Fragen aufwerfende Linie jener, die uns jetzt zu verunglimpfen versuchen», hiess es im Aussenministerium.

«Wir bekräftigen die Absicht, in gedrängter Frist nach dem Erhalt des Berichts dem Sicherheitsrat konkrete Überlegungen darüber zu unterbreiten, was unternommen werden muss, um nicht in Worten, sondern in der Tat echte Unabhängigkeit, Objektivität und Professionalismus bei der Untersuchung von Verbrechen unter Einsatz von Giftstoffen zu gewährleisten», betonte das russische Aussenministerium.

Am 24. Oktober hatte Russland im UN-Sicherheitsrat die Verabschiedung einer nicht abgestimmten Resolution über die Verlängerung des Mandats des gemeinsamen Mechanismus der UNO und der OPCW, die die Untersuchung der Giftgasangriffe in Syrien betrifft, blockiert.

Bei einer Giftgasattacke in der von der syrischen Opposition kontrollierten Stadt Chan Sheihun waren nach Angaben der Rebellen über 80 Menschen ums Leben gekommen und etwa 200 verletzt worden. Die Gegner des Präsidenten Bashar al-Assad und die westlichen Länder beschuldigten die syrische Luftwaffe, Chemiewaffen eingesetzt zu haben. **In Damaskus wurden diese Anschuldigungen entschieden zurückgewiesen.**

Quelle: <https://de.sott.net/article/31435-Stimmt-Moskau-Vorgehen-des-Westens-in-der-UN-grenzt-an-Deckung-von-Terroristen>

Machen wir es selbst!

Wie durch Veränderung des Einzelnen etwas Gemeinsames entsteht.

von Rubikons Jugendredaktion, Donnerstag, 26. Oktober 2017, 10:10 Uhr

Um die gegenwärtige Krise zu überwinden und eine gerechtere Weltordnung zu finden, ist jeder von uns gefragt. Doch wie kann die Beteiligung aussehen? Und sollten wir uns dabei auf bereits bekannte Muster verlassen oder etwas Neues ausprobieren?

In welcher Welt leben wir? In einer Welt, in der

- dem Terror der Krieg erklärt wurde und die, statt weniger, immer mehr Terroristen produziert;
- die NATO-Staaten einen illegalen Angriffskrieg nach dem anderen führen (zum Beispiel gegen Serbien 1999, den Irak 2003 und Libyen 2011(1));

- die Drohnenmorde immer beängstigendere Ausmasse annehmen (2);
- der Drang des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach unendlichem Wachstum unseren Planeten zerstört;
- sich die demokratische Mitbestimmung auf Wahlen beschränkt, die nichts bewirken, ausser einem kurzen Aufschrei in der Mainstream-Presse.

Um weg zu gelangen von Krieg, unendlicher Kapitalakkumulation und Scheindemokratie, müssen wir der Welt den Frieden erklären – jeden Tag.

Dieser Frieden fängt bei jedem einzelnen von uns an, indem wir Frieden in unserem Herzen tragen und über unsere Sprache transportieren. Dazu müssen wir allerdings trauma- und angstfrei sein. Unser kollektives Trauma, der Wunsch nach einer Autorität, kann nicht allein überwunden werden, indem wir rechte Abwege meiden, sondern auch, indem wir uns von der jetzigen Scheindemokratie verabschieden. Keine Partei oder Organisation wird die Probleme dieser Welt für uns lösen. Wir müssen sie selbst anpacken und dürfen uns dabei nicht einem Label oder Dogma unterwerfen, das zum Selbstzweck wird. Frieden und Mitmenschlichkeit sind nicht deshalb erstrebenswert, weil Parteien, Kirchen oder andere Autoritäten dies vorgeben, sondern weil es Werte an sich sind. Es gilt deshalb, Verantwortung für unser eigenes Handeln zu übernehmen und nicht darauf zu warten, bis irgendjemand vor uns herläuft, damit wir dann hinterherlaufen können.

Es wird keine von den bekannten Parteien etwas für uns ändern. Sie sind selbst viel zu sehr im parlamentarischen System gefangen. Keine Partei sagt: «Wir stellen gemeinsam mit euch etwas auf die Beine.» Es heisst immer: «Wählt uns, wir machen das dann für euch.» Das verdeutlicht zum einen, dass es nur um Wählerstimmen und damit um parlamentarische Macht, nicht aber um die Veränderung an sich geht. Vor allem aber zeugt es vom zugrundeliegenden Menschenbild des dummen Wählers, der nicht in der Lage ist, die Komplexität der Sachverhalte zu überblicken und daher auch keine vernünftigen Entscheidungen zu treffen vermag. Dass aber jeder Mensch Fähigkeiten besitzt, die er zum Wohle aller in die Gemeinschaft einbringen kann, wird schon im Kindergarten, spätestens aber in der Schule abtrainiert und es wird dafür gesorgt, dass eine Ellenbogengesellschaft entsteht und sich Potentiale gar nicht erst voll entfalten können (3).

Stattdessen leiden Schüler unter «Wissensbulimie», was bedeutet: Stur auswendig lernen, zur Klausur wieder auskotzen und dann vergessen. Es geht nicht darum, Zusammenhänge herzustellen, Horizonte zu erweitern und eigenständig zu denken. Es wird immer von Individualität gesprochen, in Wahrheit aber wird der Korridor, in dem wir individuell sein dürfen immer enger, so dass wir letztendlich doch alle immer gleicher werden. Parteien und das deutsche Bildungssystem sind demnach Machtinstrumente derjenigen, die wirklich etwas zu sagen haben: Der anonymen Eliten, der Klasse der «Besitzenden». Denn Demokratie und Selbstbestimmung, also eine gleichberechtigte politische Teilhabe des gesamten Volkes unter Einschluss derjenigen, welche nichts oder wenig besitzen, ist für die Klasse der Besitzenden nicht erstrebenswert. Zu allen Zeiten sahen sie die Gefahr, von der Mehrheit der «Besitzlosen» enteignet zu werden. Angesichts des immer grösser werdenden Unterschiedes zwischen Arm und Reich und der Gewalt, mit der die Macht erhalten wird, ist diese Sorge nicht ganz unberechtigt.

Die Lösung kann allerdings nicht darin bestehen, den Staat im staatssozialistischen Sinne einzunehmen und eine neue Machtstruktur aufzubauen. Es geht darum, den Staat mit seinen ganzen Institutionen und seiner Bürokratie sich selbst zu überlassen. Staaten sind keine objektiven Dinge. Hinter ihnen stehen Menschen, die Fehler machen und den ganzen Wahnsinn selbst nicht überblicken können, sich untereinander selten einig sind und oft an dem zweifeln, was sie machen. Staaten sind also äusserst instabile Strukturen und längst nichts Übermächtiges mehr, an das die Mehrheit der Menschen glaubt. Es wird immer schwieriger, die realen Probleme unter den Tisch zu kehren und Rebellion dagegen niederzuknüppeln, ohne dass es Aufsehen erregt. Das bedeutet, die Kontrolle und Macht zu behalten fällt immer schwerer. Wenn nun aber überall autonome Projekte entstehen und wir uns den gegebenen Machtstrukturen entziehen und etwas Neues aufbauen, das der unglaubliche Bürokratieapparat in keines seiner Raster einordnen kann, dann werden diese Strukturen überflüssig, weil es niemanden mehr gibt, der sich von ihnen einschränken lässt. Schenkt man dieser überforderten und überflüssigen Maschinerie keine Beachtung mehr, zerstört sie sich selbst von innen heraus.

Da der Kollaps des bestehenden Systems wahrscheinlich nicht mehr lange auf sich warten lässt, ist es um so wichtiger, dass wir jetzt schon anfangen, uns aus vermeintlichen Alltags- und Konsumzwängen zu befreien und unser eigenes Leben zu verändern. Es geht darum, neue Strukturen aufzubauen, auf die wir zurückgreifen können, wenn der grosse Umbruch kommt. Denn dann haben wir auch die Kraft, Menschen aufzufangen und vom Trauma der Autorität zu heilen, ohne dass sie sich aus Angst, auf sich selbst gestellt zu sein, an den Hals des nächstbesten (bzw. schlechtesten) faschistischen Diktators klammern.

Wenn nun noch die letzte Angst besteht, es könnte alles sinnlos sein, weil Trump nur seine Atomwaffen zücken müsste und wir, bevor es ein selbstbestimmtes Leben geben kann, alle vernichtet sind, sage ich: Nein, es ist nicht sinnlos. Mit den «Trumpeltieren» der Weltpolitik müssen wir umgehen wie mit einem eingeschnapten Kind.

Wenn wir es alle ignorieren und niemand auf seine Spielchen anspringt, macht es ihm keinen Spass mehr, weil es keine Bühne und kein Publikum mehr hat. Dann wird es von ganz alleine aufhören und versuchen Anschluss zu finden.

Wichtig auf dem Weg in die Selbstbestimmung sind auch die Form und die Art der Medien, denen wir Beachtung schenken. Die Mainstream-Medien, so auch die öffentlich-rechtlichen, tragen zur allgemeinen Akzeptanz des gegenwärtigen Systems bei, die privaten Printmedien befinden sich in den Händen einflussreicher Kapitalbesitzer (Springer, Bertelsmann), die ihrerseits natürlich kein Interesse an einem grundlegenden Wandel haben. Die bei ihnen tätigen Journalisten verfügen oft über beste Verbindungen zu Politik und Wirtschaft (4). Natürlich haben sie dabei keinen Anstecker an der Brust – <Goldman Sachs> – wie die Kassiererin bei Lidl, von der jeder weiss, dass sie für Lidl arbeitet. Das Ganze wird dann als objektiv verkauft und wer Medien einfach nur konsumiert, ohne sie zu hinterfragen, glaubt das dann auch. Doch auch der Glaube an die Medien schwindet, und wir haben die Möglichkeit, uns im Internet nach Alternativen umzuschauen. Wir können Vergleiche anstellen und uns mit anderen vernetzen. Hierbei sind wir allerdings aufgefordert, nicht nur zu konsumieren und nur noch ein <alternatives> Medium zu nutzen, sondern uns kritisch eine eigene Meinung zu bilden.

Auch wenn es uns manchmal aussichtslos erscheint und wir pessimistisch sind, ob es noch eine Chance für Veränderung in Richtung wahre Demokratie und Menschlichkeit gibt, dürfen wir nicht aufgeben und schon gar nicht die Lebensfreude verlieren. Es gibt erfolgreiche Projekte auf der ganzen Welt, die zeigen, dass es funktioniert, selbstverwaltet zu leben, und es gibt immer mehr Menschen, die merken, dass mit unserer repräsentativen Demokratie etwas nicht stimmt und dass es so nicht weitergehen kann. Diese müssen sich gegenseitig Mut machen und andere mit friedlichem Herzen und einem Lächeln im Gesicht anstecken. Mit der Mischung aus scharfsinniger Analyse, Liebe und Mitmenschlichkeit kann es uns gelingen, als friedliche Menschheits-<Familie> aus der gegenwärtigen Krise hervorzugehen.

Nina Forberger wurde 2001 in der Nähe von Dresden geboren und besucht derzeit die 11. Klasse eines Gymnasiums. Neben dem Tanzen, ihrem langjährigen Hobby, hat sie schon früh das Schreiben für sich entdeckt. Von der 8. bis zur 10. Klasse schrieb sie für die Schülerzeitung der Schule, fühlte sich dort allerdings eingeschränkt. Das politische Interesse kommt aus der Familie, den letzten Anstoss zum kritischen Denken lieferte ihr Fabian Scheidlers Buch <Das Ende der Megamaschine>. Über das Verfassen eigener Texte positioniert sie sich politisch. Sie möchte nach bestandem Abitur zunächst ein Jahr als Lehrerin im Ausland arbeiten.

Quellen:

(1) Ganser, Daniele : *Illegale Kriege* (2016)

(2) <https://www.youtube.com/watch?v=RBw6IqffG2c>

(3) <http://www.rubikon.news/artikel/das-ende-der-geborgenheit>

(4) Krüger, Uwe : *Meinungsmacht* (2013)

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/machen-wir-es-selbst>

Putin warnt vor schweren Folgen: «Einige Länder stellen Cybertruppen auf, als geopolitisches Instrument»

Sputnik; Do, 26 Okt 2017 16:28 UTC

Präsident Wladimir Putin hat in einer Sitzung des russischen Sicherheitsrats auf die Gefahr eines gezielten Eingreifens aus dem Ausland in elektronische Verteidigungssysteme des Landes verwiesen. Ihm zufolge stellen mehrere Staaten Cybertruppen auf, um eigene geopolitische Ziele zu erreichen.



© U.S. DoD/ Air Force/ Senior Airman Franklin R. Ramos

«Eine Reihe von Ländern hat Informationstechnologien faktisch schon in den Militärdienst aufgenommen. Sie stellen Cybertruppen auf und agieren aktiv im Informationsraum, um die Konkurrenz zu schwächen und eigene

wirtschaftliche und politische Interessen durchzusetzen», sagte Putin am Donnerstag in einer Beratung mit Ministern und Chefs von Geheim- und Sicherheitsdiensten in Moskau.

Soft Power werde als geopolitisches Instrument genutzt, wobei ein Eingreifen in die elektronischen Systeme, seien es Verteidigung, Staatsverwaltung, lebenswichtige Infrastruktur oder Finanzen, **«sehr schwere Konsequenzen nach sich ziehen kann»**, warnte der Staatschef.

Mit Blick auf den Erpresser-Virus WannaCry, der im Mai des laufenden Jahres Hunderttausende Computer in 150 Ländern befallen hat, äusserte Putin, dass Cyberattacken bereits kein lokales Ausmass mehr, sondern schon ein globales hätten.

Quelle: <https://de.sott.net/article/31433-Putin-warnt-vor-schweren-Folgen-Einige-Lander-stellen-Cybertruppen-auf-als-geopolitisches-Instrument>

Heilkraft aus der Natur: MCT Öl verbessert die Symptome von Alzheimer – Energieförderer für Gehirnzellen

08/09/2017 03/09/2017 NPR; Diego Fusaro



Hinter der Abkürzung MCT verbirgt sich der englische Begriff medium-chain triglycerides (Mittelkettige Triglyceride). Diese gesättigten Fettsäuren finden sich in Kokosfett, Palmöl und in wesentlich geringeren Mengen auch in Butter.

Seit Mitte der 1950er Jahre industriell hergestellt und überwiegend in den Bereichen Kosmetik und Pharmazie Verwendung findend, erlangen MCT immer mehr die Aufmerksamkeit in der medizinischen und ernährungswissenschaftlichen Forschung und praktischen Anwendung.

Eine Wissenschaftlerin, die sich intensiv mit der heilenden Wirkung von MCT-Öl beschäftigt, ist die US-Amerikanerin Dr. Mary Newport. Ihre Motivation dazu entstammt einer persönlichen Tragödie.

Nachdem bei ihrem Ehemann Alzheimer diagnostiziert wurde, sich sein Zustand trotz spezieller Medikation weiterhin verschlechterte und die Optionen für weitergehende Behandlungsmethoden allmählich verschwanden, stiess Mary Newport in eigener Recherche auf einige Pilotstudien zu neuen Mitteln, die bis dato kaum Interesse im wissenschaftlichen Diskurs zu wecken vermochten.

Newport wurde daraufhin selbst tätig und stellte nach einigen Vergleichen fest, dass der spezifisch wirksame Bestandteil in jenen Produkten, die messbare Effekte auf Alzheimer- und verwandte Erkrankungen hatten, sich als mittelkettige Triglyceride identifizieren liessen.

Unsere Körperzellen sind auf Energie angewiesen. In der Regel erhalten sie diese in Form von Glucose, können allerdings auch Ketone als Energiequelle nutzen.

Ketone sind sauerstoffhaltige Carbonylgruppen, die in MCT enthalten sind. Alzheimer entsteht unter anderem dann, wenn Gehirnzellen keine Glucose mehr aufnehmen. Der Energienachschub bleibt aus, die Gehirnzellen sterben ab.

Wohlgermerkt können sie aber alternativ auch von Ketonen versorgt werden. Die Implikationen aus dieser Theorie zur Entstehung von Alzheimer decken sich beispielsweise auch mit den Ernährungstipps von Dr. Bruce Fife von der Foundation for Alternative and Integrative Medicine, der vorbeugend zu kohlenhydratarmer Kost rät.

Dr. Mary Newport verabreichte ihrem Mann Steve auf diese Überlegungen folgend täglich 70ml reines Kokosöl. **Verbesserungen seines Zustandes machten sich sehr schnell bemerkbar – Gemütszustand, Konzentrationsfähigkeit, Seh- und Gedächtnisleistungen verschlimmerten sich nicht weiter und zeigten sogar Verbesserungen.**

Auch andere Symptome der Alzheimer-Erkrankung erfuhren einen drastischen Rückgang. Dr. Newport führt dies nach strengen Beobachtungen und einer selektiven Diät zweifelsfrei auf die MCT-Gaben zurück. 2015 folgte eine Kohortenstudie mit ähnlicher Fragestellung, durchgeführt von Ivan Hu Yang.

Einer Gruppe von 44 Alzheimer-Patienten wurde entweder MCT oder ein Placebo verabreicht – MCT zeigte kräftige Verbesserungen bei den Erkrankten. Institute wie beispielsweise die Foundation for Alternative and Integrative Medicine setzen momentan viel daran, die Wirksamkeit von Kokosöl und damit MCT auf Alzheimer und weitere Erkrankungen, die durch Ernährung beeinflussbare Verläufe vorweisen, intensiver zu erforschen.

Quellen: *forschung-und-wissen.de* am 25.10.2017

Quelle: <https://de.sott.net/article/31431-Heilkraft-aus-der-Natur-MCT-Ol-verbessert-die-Symptome-von-Alzheimer-Energie-lieferant-fur-Gehirnzellen>

Unzureichende Überprüfung Bericht: So werden Flüchtlinge plötzlich zu Einwanderern

29. Oktober 2017 Deutschland, International

Wer in Deutschland als «anerkannter Flüchtling» aufgenommen wird, der bleibt zumeist für immer im Land. Wie die «Welt» berichtet, ist der Grund oft eine unzureichende Überprüfung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Damit wird das Asylrecht zu einem «Ersatzeinwanderungsrecht», kritisiert CDU-Innenpolitiker Armin Schuster.

Erhält ein Asylwerber in Deutschland den Status als anerkannter Flüchtling, muss das Bamf spätestens nach drei Jahren überprüft haben, ob der Asylgrund weiter besteht. Entfällt dieser Asylgrund, verliert der Asylwerber die Anerkennung.

Niederlassungserlaubnis nach drei Jahren

Von den laut offiziellen Angaben 600 000 anerkannten Flüchtlingen verliert kaum jemand seinen Schutzstatus. Verantwortlich dafür ist auch das Bamf selbst, das den Asylstatus nur selten individuell prüft. Geschieht dies nämlich nicht innerhalb von drei Jahren, erhält der «anerkannte Flüchtling» nach dieser Dreijahresfrist einen Rechtsanspruch auf unbefristeten Aufenthalt («Niederlassungserlaubnis») in Deutschland. Damit wird aus einem Flüchtling mit Schutz auf Zeit ein Einwanderer mit zeitlich unbefristetem Aufenthalt.

Asylgrund selten widerrufen

Wie aus der Asylgeschäftsstatistik des Bamf hervorgeht, sind solche Rücknahmen und Widerrufe des Flüchtlingsstatus sehr selten. Im Jahr 2017 bis Ende September ist eine Aberkennung nur in 206 Fällen erfolgt, während im selben Zeitraum 107 000 Asylbewerber den vollen Flüchtlingsschutz inklusive Asyl erhielten.

Asylrecht wird zu «Ersatzeinwanderungsrecht»

Das für die derzeit herrschende Asylpraxis verantwortliche Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung trat am 1. August 2015 in Kraft. Gegenüber der «Welt» übte CDU-Innenpolitiker Armin Schuster Kritik an der gängigen Praxis:

«Wenn das Bamf nur selten prüft, ob ein Flüchtling überhaupt noch Schutz benötigt, und wir ihm schon nach drei Jahren einen Rechtsanspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis gewähren, machen wir das Asylrecht zum Ersatzeinwanderungsrecht.»

Die nächste Regierung müsse das ändern, indem unbefristete Aufenthaltserlaubnisse erst nach sechs Jahren erteilt werden dürfen. Ausserdem müsse das Bamf zuvor zwingend geprüft haben, ob der Fluchtgrund noch besteht, forderte Schuster.

Trotz Widerruf weiterhin in Deutschland

Asylwerber, die von einem Widerruf der Schutzanerkennung betroffen sind, müssen allerdings nicht zwangsläufig in ihre Heimat zurückkehren. Ende Juni waren 20484 davon betroffene Migranten im Ausländerzentralregister gespeichert. Fast alle befinden sich bereits seit über sechs Jahren in Deutschland. 17 Prozent von ihnen haben inzwischen befristete und 79 Prozent sogar unbefristete Aufenthaltsrechte.

Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/10/29/bericht-wie-aus-fluechtlingen-ploetzlich-einwanderer-werden/>

Die Flüchtlingsgewinner: Caritas und Diakonie

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 30. Oktober 2017; Von Gastautor Wolfgang Schimank

Wer sich wundert, warum sich Kardinal Marx und Bischof Bedford-Strohm vehement für «Flüchtlinge», aber wenig für ihre verfolgten, mit dem Tod bedrohten Glaubensbrüder einsetzen, dem ist vielleicht nicht bewusst, dass sich Caritas und Diakonie seit Beginn der Flüchtlingskrise im Jahre 2015 eine goldene Nase verdienen. Dürfen Wohlfahrtsverbände solchen Profit machen?

Caritas und Diakonie setzen sich aus tausenden Ortsvereinen zusammen und sind mit insgesamt 1 070 000 hauptamtlichen und mit insgesamt 1 200 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern die grössten privatrechtlichen Unternehmen Deutschlands. Sie sind zweifellos eine tragende Säule des deutschen Sozialstaates. Beide Vereine geniessen steuerliche Vorteile. In der Bevölkerung wird allgemein angenommen, Caritas und Diakonie seien eingetragene Vereine (e. V.) und dürften daher keine Gewinne erwirtschaften. Dieser Eindruck wird möglicherweise noch verstärkt, wenn beide Vereine bei jeder Gelegenheit darauf verweisen, sie seien «Non-Profit-Unternehmen». Dem ist nicht so! Wie die FAZ darauf verweist, ist in Wirklichkeit bei dieser Organisationsform lediglich eine Gewinnausschüttung verboten.[1] Ansonsten obliegt es diesen Unternehmen, zu entscheiden, was sie mit dem erwirtschafteten Gewinn anfangen. Da sich Caritas und Diakonie Barmherzigkeit und christliche Nächstenliebe auf ihre Fahnen geschrieben haben, stehen sie in der Öffentlichkeit unter besonders kritischer Beobachtung. Für negative Schlagzeilen sorgte die Caritas, als ihr Geschäftsführer Rainer Fink im Februar 2014 seine Geburtstagsfeier als «dienstliche Veranstaltung» deklarierte, sein neues Büro luxuriös ausstatten liess und sich sein Gehalt innerhalb von drei Jahren von 102 319 Euro auf 162 319 Euro, also um 60 000 Euro, erhöhte.[2] Die Diakonie fiel unangenehm auf, als sie 2012 in Berlin ein 65 Millionen teures Verwaltungsgebäude errichten liess.[3] Pikant an diesen «Ausrutschern» ist, dass die an Caritas und Diakonie gezahlten Zuschüsse, die vom Staat, also vom Steuerzahler kommen, ungefähr 70 bis 80% ausmachen. Hierbei geht es nicht um «Peanuts», sondern um zweistellige Millionenbeträge! Darauf gehe ich etwas später ein.

«Mit keiner Lobby ist die Politik so eng verbandelt wie mit den Wohlfahrtsunternehmen. Rund ein Drittel aller Bundestagsabgeordneten hat zugleich eine Leitungsfunktion bei der Diakonie oder Caritas inne, auf kommunaler Ebene sind die Verbindungen noch frappierender, mancherorts betreiben Staat und Wohlfahrt sogar gemeinsame Tochtergesellschaften.», schrieb die «Wirtschaftswoche» am 20. November 2012.[3] Die Interessensverquickung ist unübersehbar. Daher kann ruhigen Gewissens von einem bestens eingespielten «Kartell» die Rede sein. Aus diesem Grund ist auch seitens Caritas und Diakonie keine Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik zu erwarten. «Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing!» heisst die Devise.

Die finanzielle Intransparenz beider Wohlfahrtsunternehmen war lange Zeit Gegenstand heftiger Kritik. Mit der Erarbeitung eines «Transparenzstandards für Caritas und Diakonie» vom 11. Oktober 2010 kamen diese Vereine den Kritikern weitgehend entgegen. Allerdings werden die Gewinn- und Verlustrechnungen für ein Geschäftsjahr der Öffentlichkeit mit grosser zeitlicher Verzögerung zugänglich gemacht. Bei der Bundesregierung herrscht betreffs der Zahlungen an Caritas und Diakonie eisernes Schweigen. Meine Anfragen dazu sind immer ins Leere gelaufen. Um dem Leser eine Vorstellung zu geben, um welche Geldsummen es hier geht, möchte ich auszugsweise die Zuschüsse an die Caritas für das Geschäftsjahr 2015 stellvertretend auch für die Diakonie angeben:

1.1 Kirchliche Zuschüsse	11 841 528,39 Euro entspricht 13,29%
1.2 Zuschüsse der EU	1 631 956,47 Euro entspricht 1,83%
1.3 Bundeszuschüsse	67 253 328,47 Euro entspricht 75,48%
1.4 Sonstige Zuschüsse	8 369 017,51 Euro entspricht 9,39%
	Total 89 095 830,84 Euro

Hinzu kommen Spenden, Erbschaften, Mitgliedsbeiträge, Erträge aus Vermögen, Vertrieb, Veranstaltungen und durch Auflösung von Passivposten. Es ergibt sich somit auf der Habenseite eine stolze Summe von 158 373 480,13 Euro.[4]

Wie wir es insbesondere von den Konzernen kennen, träumen auch Caritas und Diakonie vom ewigen Wachstum. Beide sind sehr erfinderisch, wenn es um die Entdeckung von Krisenphänomenen geht, zu der sie gleich die Lösung anbieten. Seit 1960 hat sich die Mitarbeiterzahl beider Unternehmen verdreifacht. Manche Ortsverbände haben eine aufgeblähte Verwaltung, bespickt mit Referenten, Unterreferenten und Sacharbeitern.[1] Der protestantische Theologe und Professor Friedrich Wilhelm Graf, Autor des kritischen Buches «Kirchendämmerung», sieht diese Entwicklung mit Sorge. Auf die Frage der «Wirtschaftswoche», ob den Kirchen die Expansion in die Sozialbereiche gut bekomme, antwortete er: «Ich glaube nicht. Zu viel Geld macht müde, denkfaul und bequem.

Wer sich um alles kümmern will, droht seine zentrale Aufgabe, die Kommunikation des Evangeliums, zu vernachlässigen. Es ist jedenfalls nicht erkennbar, dass der Zuwachs an Personal den Kirchen auch eine religiöse Kompetenz beschert. Warum sonst laufen den Kirchen die Menschen in Scharen davon? Allein 2008 haben 280 000 Deutsche ihren Austritt aus den Kirchen erklärt. Insgesamt haben Protestanten und Katholiken seit 1990 rund 6,5 Millionen Mitglieder verloren.»[5]

Inzwischen vermitteln Aldi und Bild-Zeitung das Evangelium mehr als die satten Kirchen, beklagt sich auch der ehemalige ZDF-Moderator und Autor verschiedener Bücher Peter Hahne. Auch die Ablegung der Amtskreuze durch die Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland, des EKD-Ratsvorsitzenden Bedford-Strohm und des Kardinals Marx, am 20. Oktober 2016 in Jerusalem auf dem Tempelberg haben viele Christen als Tiefpunkt in der jüngeren Kirchengeschichte empfunden.[6]

Bei Caritas und Diakonie scheinen die Worte «Barmherzigkeit» und «Gnade» nicht für die eigenen Mitarbeiter zu gelten. Dort herrscht nicht das uns bekannte Arbeitsrecht, sondern das Kirchenrecht mit all seinen Konsequenzen. Hierzu gab es im April 2011 im Deutschen Bundestag einen Antrag der Linken mit der Überschrift «Grundrechte der Beschäftigten von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen stärken» (Bundesdrucksache 17/5523).[7]

Im Interview mit Friedrich Wilhelm Graf, das die Redaktion der «Wirtschaftswoche» bereits im April 2011 führte, sprach er weise Worte über die Verfasstheit der Kirche, genauer gesagt über ihre Elite. Seine Aussagen lassen sich ohne weiteres auch auf die des Staates und ihrer Elite übertragen. Der Zustand von Staat und Kirche beeinflusst, auch wenn es viele nicht wahr haben wollen, in unterschiedlichem Masse unser Denken und Handeln. Die jetzigen Kirchen- und Staatseliten erkennen die Anzeichen des Glaubwürdigkeitsschwundes nur in Ansätzen. Es geht der Kirche und dem Staat noch zu gut. Stattdessen versteigern sich diese in Sozialpaternalismus (Nur die Elite weiss, was für das Volk gut ist. Die Interessen der Elite werden teils offen, teils versteckt, zum Beispiel durch «Nudging», durchgesetzt) und dogmatischer Verpanzerung. (Die Elite ist gut, hat hehre Ziele. Kritiker werden verteufelt und oftmals in die rechte Ecke gestellt. Das macht die Welt übersichtlicher. Die Elite teilt die Personen ein, in jene, welche dazugehören und jene, welche nicht dazugehören.) Trotz Glaubwürdigkeitsverlust und massiver Kirchengaustritte ist in beiden Kirchen eine «verstärkte Hinwendung zu autoritärem Klerikalismus und Hierarchiekult» zu beobachten.[5] Andersdenkende Kirchenmitglieder stehen unter enormem Druck.

Die Kirchen in Lateinamerika haben sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges zuweilen gegen faschistische Diktaturen und Repressionen gegen die indianische Bevölkerung aufgelehnt. Erinnert sei an den ermordeten Erzbischof Óscar Arnulfo Romero y Galdámez von El Salvador. In Deutschland, Österreich und Südtirol halten sich die Kirchen hingegen an die Machthabenden. Sie nehmen die ihnen vom Staat zugedachte Rolle wahr und sorgen dafür, dass sich der gläubige Teil der Bevölkerung mit den Zuständen, die von der Staatselite verursacht worden sind, abfindet und diese im Idealfall sogar gut findet. Auffallend ist die gleichlautende Aussage von Politikern und Kirche, dass sich die Ursachen für Armut, Not, Flucht und Vertreibung nicht mit einfachen Worten erklären lassen und dass es keine Islamisierung in Deutschland und in Österreich gebe. Dass das Wort «Islamisierung» nicht ein Begriff für die Beschreibung eines Zustandes, sondern eines Prozesses steht, sei nur am Rande bemerkt. Damit liegen die Kirchen ganz auf der Linie Martin Luthers, der die vorherrschenden Machtverhältnisse als gottgegeben predigte. Die Mainstream-Medien sind nebenbei gesagt mittlerweile auch dabei, diese Aufgabe zu übernehmen.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich jeder mehr oder weniger christlich geprägte Deutsche und Österreicher mehr Sorge um den Fortbestand der Kirche macht, als die Kirchenelite, die sich anmassiert, die Deutungshoheit für sich gepachtet zu haben. Wie der Staat, so die Kirche ... Ich denke, die Kirche wird nur dann eine Zukunft haben, wenn sie nicht nur die Folgen der Fehler der Politiker mildert, sondern Ross und Reiter nennt, die dafür verantwortlich sind, wenn sie sozialkritischer und volksnaher wird und sich um den Erhalt der Identität des eigenen Volkes kümmert. Hierzu müsste sich die Kirche vom Staat lösen. Dann würde es sicherlich weniger in der Kasse klingeln. Die Kirche hätte dann aber mehr Zuspruch von der Bevölkerung und möglicherweise auch wieder steigende Mitgliederzahlen. Die jetzige Kirchenelite nimmt eher schwindende Mitgliederzahlen und eine immer grösser werdende Abhängigkeit vom Staat in Kauf. Die innige Verbandelung mit den Machthabenden scheint der kurzfristig agierenden Kirchenelite das lukrativere Geschäftsmodell zu sein. Die Frage ist nur, wie lange diese Politik gut geht ... Merkels Flüchtlingspolitik hatte Caritas und Diakonie einen Konjunkturschub verliehen und Begehrlichkeiten geweckt.[8] So ist es auch nicht verwunderlich, wenn Stimmen aus der Ecke dieser Wohlfahrtsunternehmen zu vernehmen sind, die am liebsten alle Flüchtlinge ins Land hereinlassen möchten. Dann könnten beide Wohlfahrtsverbände auf Jahre expandieren. Das erinnert mich an den Spruch des Ablasspredigers Johann Tetzel: «Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!»

[1] <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/caritas-co-die-heimlichen-geschaefte-der-wohltaeter-1382329.html>

[2] http://www.focus.de/finanzen/news/gehaltserhoehung-und-geburtstagsfeier-caritas-chef-laestt-feier-vom-arbeitgeber-zahlen_id_4911830.html

[3] <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/wohlfahrtsverbaende-caritas-und-diakonie-bedienen-sich-beim-staat/7397380.html>

[4] <https://www.caritas.de/diecaritas/deutschercaritasverband/verbandszentrale/geschaeftsbericht/2015/geschaeftsbericht-des-deutschen-caritasverbandes-2015>

[5] <http://www.wiwo.de/technologie/theologe-graf-ein-tauschgeschaef-zwischen-staat-und-kirche/5260628.html>

[6] <http://www.kath.net/news/59401>

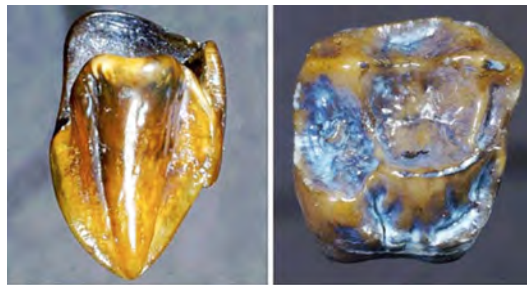
[7] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/055/1705523.pdf>

[8] <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/das-geschaef-mit-den-fluechtlingen-boomt-14076977.html>

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/10/30/die-fluechtlingsgewinnler-caritas-und-diakonie/>

Vormenschen-Zähne im Ur-Rhein sind bis zu 5 Mio Jahre älter als vergleichbare Funde in Afrika

Andreas Müller; Grenzwissenschaft aktuell; Mo, 23 Okt 2017 14:02 UTC



© Naturhistorisches Museum Mainz

Die in Sedimenten des Ur-Rheins gefundenen Vormenschen-Zähne.

Eppelsheim (Deutschland) – In Sedimenten des Ur-Rheins im rheinhessischen Eppelsheim haben Archäologen zwei Vormenschen-Zähne gefunden, die mit einem Alter von fast 10 Millionen Jahren bis zu 5 Millionen Jahre älter sind als vergleichbare Funde in Afrika. Die Entdeckung könnte die Vorgeschichte des Menschen neu schreiben.

Entdeckt wurden die beiden Zähne bereits im September 2016 und zeigen trotz ihres hohen Alters «verblüffende morphologische Ähnlichkeiten zu erdgeschichtlich jüngeren Vormenschen (sog. Hominini) aus Afrika», erläutern die Archäologen um Dr. Herbert Lutz vom Naturhistorisches Museum Mainz.

Die sogenannten «Dinotheriensande» von Eppelsheim gehören zu den am längsten bekannten und bedeutendsten Fundstellen fossiler Säugetiere in Europa. 25 erstmals hier entdeckte Arten haben Eppelsheim weltberühmt gemacht. Auch der weltweit erste Fossilfund eines Menschenaffen, der Oberschenkel einer gibbonähnlichen Art, gelang schon 1820 bei Eppelsheim.

Die beiden neu entdeckten und vergangene Woche im Naturhistorischen Museum erstmals präsentierten Zahnfossilien – genauer gesagt handelt es sich um die Kronen eines linken oberen Eckzahns und eines oberen rechten ersten Backenzahns – weisen laut den Forschern «Merkmale auf, die zu keinem der bislang aus Europa und Asien bekannten Funde passen».

Einzig erheblich jüngere Vormenschen-Funde aus Afrika seien mit dem Fund vergleichbar: «Insbesondere der Eckzahn zeigt morphologisch erstaunliche Ähnlichkeit zu Vertretern der Gattungen *Ardipithecus* und *Australopithecus*, die weltweit als «Ardi» und «Lucy» bekannt wurden.

Im Vergleich zu diesen sind die Eppelsheimer Zähne allerdings rund 9,7 Millionen Jahre alt und damit 4–5 Millionen Jahre älter als die afrikanischen Funde», so Lutz. Zudem sind die Zähne exzellent erhalten, weisen sogar Zuwachsstreifen des Schmelzes auf und dessen innere Strukturen sind noch immer zu erkennen. Jetzt sollen die Funde umfassend untersucht werden, um weiterhin offene Frage zu klären.

Die Zähne sind ab Ende Oktober 2017 anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des Bundeslandes Rheinland-Pfalz in der laufenden Landesausstellung «vorZEITEN» der Öffentlichkeit präsentiert, bevor sie danach – zusammen mit einer Rekonstruktion – eine der Hauptattraktionen der aktuell in Vorbereitung befindlichen neuen Dauerausstellungen des Naturhistorischen Museums Mainz/Landessammlung für Naturkunde RLP darstellen werden.

Quelle: <https://de.sott.net/article/31390-Vormenschen-Zahne-im-Ur-Rhein-sind-bis-zu-5-Mio-Jahre-alter-als-vergleichbare-Funde-in-Afrika>

BASF und Bayer und das verdammte Gift am Acker

01/11/2017 01/11/2017 NPR



Diese beiden Firmen und damit deren Konzernchefs Kurt Bock (BASF) und Werner Baumann (Bayer) scheinen sich an ihre nicht sehr rühmliche Vergangenheit ihrer Firmen in der I.G. Farbenindustrie AG zu erinnern. Diese wurde 1952 von der Alliierten Hohen Kommission zersplittert.

Daraus gingen unter anderem auch die beiden oben genannten Firmen hervor, die mitverantwortlich an den Greueln des Zweiten Weltkrieges waren. Produzierte der Konzern doch auch Giftgas. Jetzt produzieren und oder vertreiben diese Firmen heftig in die Kritik geratene Pestizide mit Wirkstoffen wie Glyphosat (krebserregend, Zerstörung der Artenvielfalt, schädigt das Erbgut usw.) oder Neonicotinoide von BASF-Pestizid werden zur Gefahr für Bienen.

Heute sind die Worte voller Ignoranz und Arroganz kaum zu übertreffen. Bock und Baumann geht es um mehr als Glyphosat. Das Mittel ist zum Synonym für eine konventionelle, industrielle Landwirtschaft geworden, die die Agrochemie-Industrie mit Pflanzenschutz und Saatgut versorgt und an denen sie verdient. Das erklärt die Heftigkeit der Worte, rechtfertigt sie aber nicht.

Wir rufen daher zum Boykott dieser beiden Firmen auf, denn wo Bayer oder BASF draufsteht ist Gift drin, das nicht nur uns Menschen schadet, sondern auch Fauna und Flora nachhaltig schädigt. Da unsere EU nur aus konzernhörigen Politmarionetten besteht, die nur zögerlich im Stande sind, der Vergiftung von uns und unserer Umwelt einen endgültigen Riegel vorzuschieben, sollten diese beiden Firmen UNSERE Konsummacht zu spüren bekommen. (z.B. Scholl Produkte von der Firma Bayer)

Schaut auf der Packung nach dem Hersteller, es gibt sicher alternative Produkte, auch bei Medikamenten. Fragt einfach in der Apotheke nach.

8 Fakten über Glyphosat

2017 muss die EU-Kommission entscheiden: Darf Glyphosat weiter auf unsere Felder? Diese Fakten zeigen, warum wir das unbedingt verhindern müssen!

- #1 Glyphosat erhöht beim Menschen das Risiko, an Lymphdrüsenkrebs zu erkranken 
- #2 Glyphosat im Futter führt bei Mäusen und Ratten zu steigenden Krebsraten 
- #3 Glyphosat ist genotoxisch - es schädigt das Erbgut 
- #4 Glyphosat führt bei Fröschen und Hühnern zur Missbildung von Embryonen 
- #5 Glyphosat zerstört die Artenvielfalt - durch Abtöten von Wildpflanzen fehlt Insekten und Vögeln die Nahrungsgrundlage 
- #6 Glyphosat fördert die Entstehung von resistenten Super-Unkräutern 
- #7 Glyphosat ist ein endokriner Disruptor - es greift in unser Hormonsystem ein 
- #8 Die Risikobewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit beruht auf geheimen Studien von Herstellern 

campact!

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2017/11/01/basf-und-bayer-und-das-verdammte-gift-am-acker/>

IMPRESSUM**FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017
Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz